Protokoll der Sitzung des Gemeinderates

am Mittwoch, den 05.11.2025 um 18:34 Uhr im Bräuhaus/Lenausaal

Anwesend:

Bgm. Mag. (FH) Andrea Völkl	ÖVP
1. Vizebgm. Mag. Martin Falb	ÖVP
2. Vizebgm. Heinz Scheele	SPÖ
StR Gerhard Dummer	ÖVP
StR Ing. Mag. Herwig Hödl	ÖVP
StR Mag. Felix Koll	ÖVP
StR Petra Lehner, MSc	ÖVP
StR Markus Rosenberger	SPÖ
StR Martin Brosch	FPÖ
StR Jaroslav Chaloupka	FPÖ
StR DI Dietmar Pfeiler	GRÜNE
GR Martin Franta, BEd	ÖVP
GR David Fröschl	ÖVP
GR Monika Handschuh	ÖVP
GR Gregor Hetzendorfer	ÖVP
GR Setki Ibraimi	ÖVP
GR Peter Samer	ÖVP
GR Margit Weiss	ÖVP
GR Matthias Zagler	ÖVP
GR Admir Osmanovic	SPÖ
GR Daniel Pollak	SPÖ
GR Michael Polly	SPÖ
GR Mag. Alexandra Rester	SPÖ
GR Karin Richter	SPÖ
GR Martina Skof	SPÖ
GR Alen Ćorković	FPÖ
GR Bruno Grabler-Fritz	FPÖ
GR Marijan Kilic	FPÖ
GR Roman Kratschmer	FPÖ
GR Mag. Regina Fless-Klinger	GRÜNE
GR Thomas Grim-Schlink	GRÜNE
GR Mag. Matthias Kubat	GRÜNE
GR Marc Pfeiler	GRÜNE
GR DI Thomas Muth	GRÜNE
GR Gabriele Steuer	UBS
GR Dr. Martin Fischer	NEOS

Entschuldigt:

GR Iris Ludl	ÖVP

Vorsitzende: Bgm. Mag. (FH) Andrea Völkl

Schriftführer: Mag. Silvia Kuzmich

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel

Tagesordnung

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
Genehmigung des Protokolls vom 05.08.2025
Genehmigung des Protokolls vom 18.08.2025
Genehmigung des Protokolls vom 24.09.2025
Bericht der Bürgermeisterin
Bericht Umweltgemeinderat
Bericht der Jugendgemeinderates
Bericht des Prüfungsausschusses vom 19.09.2025
Ref. 01 – Anträge Stadtrat Bauwesen und Stadtentwicklung
1. **Beauftragung Aufzugsanierung Z2000**
2. **Beauftragung Leistungen Restaurant Hallenbad**
3. **Vereinbarung über die Grundbenützung Schidla-Gasse**

Ref. 02 – Anträge Stadtrat Beteiligungen und Liegenschaften
4. **Kooperationsvereinbarung PÜSPÖK PV Projekt GmbH**
5. **Verkauf Teilflächen Gst.Nr. 58/4**
6. **Verkauf Gst.Nr. 251, KG Stockerau**

Ref. 06 – Anträge Stadtrat Sport und Kultur
7. **Basisförderung 2025 – Vereine ausgenommen Sportvereine, Nachtrag**
8. **Z2000 – Anpassung der Tarife**
9. **Sport: Projektförderungen 2. HJ 2025**
10. **Basisförderung 2025**
11. **Tarifanpassung Erholungszentrum**
12. **Tarifanpassung Belvedereschlössl und Lenausaal**

Ref. 07 – Antrag Stadtrat Umwelt, Klima, Au und Katastrophenschutz
13. **Beschlussfassung Klimaneutralitätsfahrplan**

Ref. 08 – Anträge Stadtrat Verkehr, Infrastruktur und Straßen
14. **Entsorgung Klärschlamm**
15. **Beauftragung Erhaltung des ländlichen Wegenetzes 2026/2027**
16. **Erhaltung unbefestigter Straßen 2024/25**
17. **Straßenbenennung**
18. **Sondernutzung Land NÖ L1130 Autobahnzubringer Ost Stromkasten**
19. **Sondernutzung Land NÖ B3 Eduard-Rösch-Straße Bodenmarkierung**
20. **Sondernutzung Land NÖ L29 Senningerstraße Bodenmarkierung**
21. **Batterietausch Notbeleuchtung Park&Ride Anlage**

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Völkl: Ich begrüße alle zur Sitzung des heutigen Gemeinderates, auch alle Mandatare und Mandatarinnen, die Besucher und auch unsere Zuseher vor den Geräten. Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates sind ordnungsgemäß eingeladen worden und die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden. Es erfolgten keine Einwendungen. Entschuldigt zur heutigen Sitzung ist Gemeinderätin Iris Ludl. Folgende Änderungen zur Tagesordnung darf ich Ihnen bekannt geben. Punkt 2, Beauftragung Leistungen Restaurant Hallenbad wird abgesetzt. Punkt 6, Verkauf Grundstücksnummer 251 KG Stockerau wird umbenannt in Verkauf Grundstücksnummer 251 Kastralgemeinde Unterzögersdorf. Punkt 16 wird

umbenannt auf Erhaltung unbefestigter Straßen 2026/27 Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge gemäß §46 Absatz 3 der NÖ Gemeindeordnung vor. Der erste Dringlichkeitsantrag ist eingereicht von Stadtrat Dummer und ich darf um Verlesung bitten, um den Antrag.

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 „Fristverlängerung“

Dummer: Einen schönen guten Abend allseits. Ein Dringlichkeitsantrag nach §46 Absatz 3 der NÖ Gemeindeordnung für die nichtöffentliche Sitzung des heutigen Gemeinderats. Es ist ein Ersuchen um Fristverlängerung eingeladen. Ich ersuche die Dringlichkeit zuzuerkennen und um Behandlung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung, da die Frist am 15.11.2025 abläuft und die nächste Gemeinderatssitzung erst am 9.12.2025 stattfindet.

Völkl: Dann bitte ich um Abstimmung und ein Zeichen der Zustimmung für diesen Antrag. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön. Der zweite Dringlichkeitsantrag wurde von Stadtrat Pfeiler eingereicht und ich ersuche um Verlesung der Antragsformel.

Abstimmungsergebnis: **Dringlichkeit einstimmig zuerkannt**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 „Aussprache Haushalts-Konsolidierungskonzept für das Budget

D. Pfeiler: Dankeschön. Schönen guten Abend, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen hier im Saal und liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Dringlichkeitsantrag betreffend Aussprache zum Haushaltskonsolidierungskonzept für das Budget. Auf die angespannte Situation des Stockerauer Gemeindebudgets haben wir mehrmals hingewiesen und unter anderem eine Gebahrungseinschau angeregt. Nun ist es offiziell, wie dem Bericht des ORF Niederösterreich vom 10. Oktober zu entnehmen ist, muss auch die Stadt Stockerau aufgrund der budgetären Schieflage der Gemeinde ein Konzept zur Konsolidierung ihres Haushaltes an das Land übermitteln. Darin müssen Maßnahmen erarbeitet werden, wie innerhalb von fünf Jahren die Schieflage beendet werden soll. Da ausgerechnet im Vorfeld dieser Gemeinderatssitzung kein Finanzausschuss einberufen wurde und auch in keinem anderen Gremium die Aufforderung des Landes zum Haushaltskonsolidierungskonzept besprochen wurde, wird nun folgender Antrag gestellt. Der Gemeinderat wolle beschließen Aussprache zur Aufforderung des Landes zum Haushaltskonsolidierungskonzept. Die Bürgermeisterin wird aufgefordert, die Eckpunkte der Aufforderung des Landes zu erläutern, das finanzielle Volumen des vom Land Niederösterreich geforderten Konsolidierungskonzeptes für die kommenden fünf Jahre zu nennen, die angedachten Maßnahmen zur Erreichung der Konsolidierungsziele zu skizzieren. Begründung der Dringlichkeit. In Hinblick auf die Budgeterstellung 2026 ist eine umfassende Information über den Konsolidierungsbedarf an den Gemeinderat und die Öffentlichkeit erforderlich. Ich bitte um die Zuerkennung der Dringlichkeit. Dankeschön.

Völkl: Eine Wortmeldung.

Falb: Ich wollte nur zur Geschäftsbehandlung sagen, dass wir an sich eine Vereinbarung haben, dass wir bei Dringlichkeitsanträgen nur die Antragsformeln und die Dringlichkeit verlesen. Ich danke.

Völkl: Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit und wenn Sie diesem Antrag die Dringlichkeit geben, bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, Gegenprobe. Gibt es eine Enthaltung, eine Gegenstimme? Dankeschön. Dieser Tagesordnungspunkt wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

Abstimmungsergebnis: **Dringlichkeit einstimmig zuerkannt**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Genehmigung des Protokolls vom 05.08.2025

Völkl: Wir kommen nun zur Genehmigung des Protokolls vom 05.08.2025. Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll dieser Sitzung unverlesen zu genehmigen. Bitte um Zustimmung. Eine Wortmeldung, Herr Stadtrat Pfeiler.

D. Pfeiler: Ja, zum Protokoll der nicht-öffentlichen Sitzung vom 05.08.2025, habe ich ja eine Protokollanregung eingemeldet in der Sitzung des 18.08.2025. Die Aussagen, die da uns gegenüber getroffen wurden vom Mag. Koll, wurden ja auch gar nicht in Abrede gestellt. Es erfolgte keinerlei Überarbeitung des Protokolls und dementsprechend ist diese Protokollanregung nach wie vor aufrecht. Und für mich das Protokoll so nicht genehmigungsfähig. Dankeschön.

Völkl: Diese Aussage ist nicht aufgenommen gewesen, weil es diese Bemerkung außerhalb der Sitzung war.

Pfeiler: Die Bemerkung war gemäß Protokoll nicht außerhalb der Sitzung, weil erst zehn Minuten nach dem Verlassen der Sitzung unsererseits und anderer Kolleginnen und Kollegen, das Ende dieser Sitzung protokolliert ist und die Aussage vom Mag. Koll ja auch nicht in Abrede gestellt wurde. Also ist nach wie vor hier ein Schiefstand im Protokoll festzustellen. Und außerdem ist auch nicht von Belang, ob etwas jetzt am Tonband ist oder nicht, wenn eine Aussage gefallen ist, die auch nicht bestritten wurde, dann fällt ja kein Stein aus der Krone, diese Aussage aufzunehmen. Danke.

Falb: Welche Aussage war das? Aha, okay. Entschuldige.

Völkl: Wenn das für alle in Ordnung ist, überarbeiten wir das Protokoll, dass das eingearbeitet ist und dann können alle über dieses Protokoll abstimmen. Also dann nehmen wir die Genehmigung das nächste Mal dazu.

Das Protokoll wird überarbeitet.

Genehmigung des Protokolls vom 18.08.2025

Völkl: Dann kommen wir zur Genehmigung des Protokolls vom 18.08.2025. Und hier wird der Antrag gestellt, dieses Protokoll unverlesen zu genehmigen und die Anmerkungen von Gemeinderätin Regina Fless-Klinger wurden durchgeführt. Bitte um Zustimmung. Bitte ordentlich ein Handzeichen für die Genehmigung des Protokolls.

D. Pfeiler: Es tut mir leid, aber Andrea, du sagtest, dass die Anregungen aufgenommen wurden, es erfolgte aber kein neulicher Protokollversand. Der letzte Versand ist vom 20.8., der mir vorliegt. Also kann es keine Überarbeitung geben haben der Protokollanmerkungen.

Völkl: Gut. Ist das beim anderen vom 24.9.2025 auch so? Da gibt es von Martin Fischer Anmerkung. Martin, Herr Gemeinderat?

Fischer: Zum Protokoll von der 2. Augustsitzung hatte ich keine Einwände und dort sind wir momentan. Ist der 18.8.2025 schon abgesetzt?

Völkl: Das vom 5.8.2025 überarbeiten wir und am 18.8.2025 stimmen wir jetzt ab. Bitte um Zustimmung. Einstimmig? Gibt es eine Gegenstimme? Enthaltung? Gut.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Genehmigung des Protokolls vom 24.09.2025

Völkl: 24.9.2025 bitte um Genehmigung des Protokolls. Danke.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Bericht der Bürgermeisterin

Völkl: Wir kommen nun zu den Berichten und ich darf mit meinem Bericht beginnen. Im April dieses Jahres brachte die Rechtsanwaltskanzlei List namens ihrer Mandantschaft eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft zur Eingabe, in welcher sinngemäß dargelegt

wurde, dass die Stadtgemeinde Stockerau durch die von den Anzeigern bezeichneten Kahlschläge in der Stockerau ein strafrechtliches Delikt gemäß §180 Strafgesetzbuch darstellt. Der §180 heißt vorsätzliche Beeinträchtigung der Umwelt. Die Staatsanwaltschaft nahm sohin die Ermittlungen auf und holte in diesem Zusammenhang auch ein Sachverständigengutachten ein. Nunmehr hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen eingestellt, da mangels tatbestandlichem Verwaltungsverstoß kein Grund zur weiteren Verfolgung besteht. Bemerkenswert ist, dass die Staatsanwaltschaft die Einstellung der Ermittlungen umfassend begründet hat. Sie führte hierzu aus, dass die durchgeführten Arbeiten nicht willkürlich oder zerstörerisch erfolgten, sondern der Pflege und Entwicklung des Waldes dienten. Ziel war es, durch gezielte Entnahmen und Verarbeitung von Bäumen die Voraussetzung für Naturverjüngung und Aufforstung zu schaffen, um einen zukunftsfähigen, standortgerechten Mischwald zu entwickeln. Eine solche Maßnahme ist forstlich üblich und fachlich geboten, um die langfristige Stabilität und ökologische Funktion des Waldes sicherzustellen. Auch der Stadtförster konnte die genannten Ziele schlüssig erklären. Es kann daher weder von einer erheblichen Gefährdung des Tier- und Pflanzenbestandes noch von einer lang andauernden Verschlechterung von Wasser, Boden oder Luft die Rede sein. Vielmehr sind die Eingriffe auf eine nachhaltige Verbesserung der Habitatbedingungen und eine ökologische Aufwertung gerichtet. Auch ein erheblicher Vermögensschaden ist nicht entstanden. Vielmehr wurde durch die Maßnahmen langfristig ein wirtschaftlich und ökologisch tragfähiger Wald begründet. Ergänzend stellte die Staatsanwaltschaft fest, dass etwaige unionsrechtliche Verpflichtungen nicht unmittelbare Grundlage einer Strafbarkeit nach § 180 sein können. Allfällige unionsrechtliche Verstöße wären auf staatlicher Ebene zu klären, nicht durch strafrechtliche Sanktionierung eines Einzelnen. Dankeschön. Und ich ersuche um ein Zeichen der Kenntnisnahme. Eine Wortmeldung gibt es?

Kubat: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, vielen Dank für den Bericht. Ich stehe natürlich hinter dem Rechtsstaat und damit akzeptiere ich selbstverständlich die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, wenn auch zähneknirschend. Ich möchte nur um eines bitten, weil wir jetzt den Bericht der Bürgermeisterin gehört haben und somit aus meiner Sicht eine Interpretation oder eine Sichtweise der Stadtregierung, ob man das Schreiben der Staatsanwaltschaft veröffentlichen könnte, damit jeder und jede sich ein Bild machen könnte. Das wäre sehr fein. Dankeschön.

Völkl: Eine Wortmeldung?

Falb: Mir hätte mich interessiert, zu deiner Wortmeldung. Bist du einer der Anzeiger gewesen, weil du gesagt hast, du nimmst das zur Kenntnis?

Kubat: Das ist kein Geheimnis, ja.

Falb Aso, das wusste ich nicht. Ich habe nur den Medien entnommen, dass die Anzeiger anonym bleiben wollen. Aber vielleicht habe ich da zu wenig Medienkonsum gepflogen.

Kubat: Nein, also ich stehe dazu, ja. Ich als Privatperson, beauftragte die Kanzlei List für diese Sachverhaltsdarstellung, dass sie es einbringt.

Falb: Aber es waren mehrere, oder?

Kubat: Es waren mehrere, aber ich kann ja nur für mich sprechen, also das bitte ich schon, zu akzeptieren. Ich darf aber sagen, auch Walter Klinger war dabei, dessen Namen darf ich auch erwähnen, aber die anderen, das ist deren Entscheidung.

Völkl: Nur wenn das veröffentlicht wird, stehen dann vielleicht die Namen auch oben.

Falb: Das muss man zuerst erklären, rechtlich. Das muss man rechtlich abklären.

Völkl: Interpretation war es auch keine.

Falb: Ja genau, es war keine Interpretation, sondern in den entscheidenden Passagen waren es wörtliche Zitate. Wörtliche Zitate, und das ist dir bekannt.

Kubat: Nein, ist mir nicht bekannt.

Falb: Aha, weiß ich nicht, da habt ihr nichts bekommen?

Kubat: Die, die die Sachverhaltsdarstellung einreichten, sind ja nicht Partei des Verfahrens gewesen, und deswegen bekamen sie natürlich kein Schreiben der Staatsanwaltschaft.

Falb: Aso wusste ich nicht, ich habe mir gedacht, da ist Akteneinsicht.

Kubat: Nein, nein, also nur die Parteien des Verfahrens haben dann Stellungnahme und Akteneinsicht. Also so ist es in der Juristerei üblich.

Falb: Ja, nein, ich habe mir gedacht, ihr seid informiert. Okay, gut, danke.

Dummer: Aus Sicht des Budgets ist es natürlich immer sehr unbefriedigend, solche willkürlichen Anzeigen, weil uns das ja Ressourcen und Geld kostet. Wir brauchen Stellungnahmen, die wir schicken, und dann stellt sich heraus, eigentlich war das Ganze haltlos. Das kostet uns auch Geld, wenn wir schon über das Budget reden, am Ende der Sitzung.

Völkl: Kenntnisnahme bitte. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig zur Kenntnis genommen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Bericht Umweltgemeinderates

Völkl: Dankeschön. Wir kommen zum Bericht des Umweltgemeinderates.

Hödl: Schönen guten Abend, auch von meiner Seite. Drei Punkte sind es, auf die ich halt wirklich nur kurz eingehen will, zumal ich dann auch noch einen Tagesordnungspunkt habe. Zum Thema Au wollte ich noch berichten, wir haben ja die Evaluierung des waldbaulichen Konzepts des DI Reinhard Barbl beauftragt, und wir hatten dazu vor rund einem Monat eine Begehung mit Naturschutzbehörde, der Amtsachverständigen, der Natura 2000-Betreuerin, Forstbehörde, dem Universitätsprofessor Hochbichler, Stadtförster Gruber und ich waren auch dabei, wo wir uns eben auch diese Flächen, die auch Gegenstand der Anzeige gewesen sind, angeschaut haben. Man hat gesehen, dass sich die Flächen ausgezeichnet entwickelt haben, man konnte auch gut nachvollziehen, dass die Bereiche, wo aufgeforstet wurde, schon vorher baumfrei gewesen sind, aufgrund des Ausfalls der Esche, und wir werden dann berichten, wenn der Professor Hochbichler so weit ist, dass er ein Konzept vorlegen kann, werden wir zuerst natürlich im Ausschuss noch behandeln und dann

entsprechend auch veröffentlichen. Zweites Thema zum Bereich Forst dazu, nur die Ankündigung, es werden die Arbeiten in Anbetracht der erkrankten Kiefern weitergehen, sowohl auf der Marienhöhe als auch in der Au, und wir haben auf der Marienhöhe gesehen, dass die Naturverjüngung wunderbar angesprungen ist, also so unangenehm es ist, Aufgrund des Diplodia Befalls, hier die Kiefern rausnehmen zu müssen, aber die Natur holt sich dort wunderbar die Flächen auch wieder zurück, mit anderem Standort gerechteren Bewuchs. Und als letztes nur die Mitteilung mit großer Freude, die ich hoffentlich noch nicht gemacht habe, dass das Baby, das der Martin Franta vor sechs Jahren aus der Taufe geholt hat, wieder erfolgreich gewesen ist, wieder gewachsen ist. Wir haben zum sechsten Mal den Bewerb Niederösterreich-Radelt gewonnen, wir haben zum fünften Mal den Bewerb Österreich-Radelt gewonnen, und ich darf an dieser Stelle eben danken dir Martin Franta für die Idee, die du vor einigen Jahren gehabt hast, und natürlich dem Power-Team, das dahinter gestanden ist und viel Arbeit, viel Zeit investiert hat, der Astrid Bauer, der Ilse Wimmer und der Marion Hödl für ihren großartigen Einsatz, und Stockerau ist, man kann es wieder sagen, und mit immer größerer Überzeugung, es ist die Radhauptstadt Österreichs, und danke allen, die beim Bewerb mitgemacht haben, und danke allen, die sich da so intensiv eingesetzt haben. Dankeschön.

Völkl: Danke, bitte um ein Zeichen der Kenntnisnahme. Dankeschön, einstimmig, und Gratulation den Radlern.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig zur Kenntnis genommen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Bericht der Jugendgemeinderates

Völkl: Dankeschön. Wir kommen nun zum Bericht des Jugendgemeinderates.

M. Pfeiler: Ja, einen schönen guten Abend von mir an die Zuschauer hier im Raum, zu Hause, auch den Kollegen und Kolleginnen. Der Bericht wird sich heute um drei Themen handeln. Der erste Punkt ist eine Jugendbefragung der LEADER-Region Weinviertel und der BOKU. Ich werde da vorab gleich gesagt nur die wichtigsten Punkte vorlesen. Falls wer Interesse an der gesamten Studie hat, kann er sich gerne an mich wenden. Das ist kein Problem. Also die Befragten waren zwischen 14 und 24 Jahre alt, also junges Alter logischerweise. Es waren in Stockerau 114 Personen an der Befragung beteiligt, was uns auch sehr freut ist, dass die Geschlechter ziemlich ausgeglichen waren, ungefähr 50/50, Wir beginnen gleich und starten rein. Die erste Frage wäre gleich, welche Aussage treffen aus deiner Sicht für deine Heimatgemeinde zu? Ich glaube, wichtig zu erwähnen ist da, dass die größte bzw. die wichtigste Antwort war, es gibt ausreichend Treffpunkte für junge Menschen. Das wurde in Stockerau leider verneint. Über 60% sagen, die gibt es nicht. Ich denke, das sollten wir uns in der nächsten Zeit anschauen und vielleicht verändern. Nächste Frage, die glaube ich auch interessant ist, aus dem Prinzip auch, dass wir das Jungparlament eingebracht haben, ob man

Interesse hat, ob die jungen Menschen Interesse haben, mitzugestalten politisch in der Heimatgemeinde. In Stockerau, sagen 11%, dass sie es bereits machen. Im Gegensatz zu den anderen Städten, der Durchschnitt liegt bei 20%. Ich denke, wir sollten auch daran arbeiten, dass wir eher in Richtung Durchschnitt kommen. Es würden sich auch gerne über 50% engagieren, wissen nur nicht, wo die Möglichkeit besteht oder haben das Gefühl, dass sie nicht ernst genommen werden. Was sehr erfreulich ist, muss man sagen, die Frage, ob man in der Heimatgemeinde weiter wohnen möchte, das ist eine sehr erfreuliche Antwort. 28% sagen klar, ja, sie wollen da wohnen, das ist über dem Durchschnitt. 46% sagen, sie sind sich noch nicht sicher, was aber auch sehr weit über dem Durchschnitt ist. Und nur 24% sagen, sie wollen wegziehen. Das ist natürlich sehr erfreulich, weil Stockerau ja auch irgendwo eine junge Stadt bleiben sollte. Was wieder weniger erfreulich ist, ist die Frage, ob man das Gefühl hat, dass Ideen und Wünsche ernst genommen werden, von der Politik. Das sagen 37%, sie werden absolut nicht ernst genommen. Und 26% sagen, sie werden teilweise ernst genommen. Das ist wieder weit über dem Durchschnitt. Ich denke, wie vorher schon gesagt, sollte man da arbeiten, dass man das verringert, dass sich die jungen Menschen vor allem, auch ernst genommen fühlen von der Politik. Dann gab es zusätzlich, jetzt komme ich gleich zu Punkt 2, einen ORF Artikel, auch zu einer Befragung des Vereins JEP, zur Demokratie und Beteiligung von Jugend. Die Befragung wurde von Februar 2023 bis Mai 2025 abgehalten und 17.500 junge Menschen haben da mitgestimmt. Ganz wichtig zu sagen ist hier, es fühlen sich 78% dieser 17.500 bei politischen Entscheidungen nicht gehört. Vor allem in Niederösterreich muss man sagen, es gibt hier auch im NÖ Jugendschutzgesetz den § 2, der genau besagt, dass das nicht passieren darf. Ich denke, man sieht es auch aus der vorigen Studie, dass da auf jeden Fall Raum nach oben ist, natürlich österreichweit, aber wir sind jetzt in Stockerau und ich glaube, da sollten wir mal anfangen. Natürlich, andersrum wurde auch gefragt, wie würde man sich beteiligen. Man muss da sagen, 97% haben gesagt, sie würden sich beteiligen, wo sie sagen, sie sehen, dass sich etwas verändert, wenn die Beteiligung spürbar ist. Jetzt komme ich noch zu Punkt 3. Ich hatte die Option, dass ich teilnehme an einem Study-Visit nach Baden-Württemberg Das war von der Jugendinfo NÖ, gemeinsam mit dem Land Steiermark und der EU. Da waren wir 22 Jugendvertreter, unter anderem andere Jugendgemeinderäte aus anderen Städten, eben Niederösterreich und der Steiermark, aber auch Jugendarbeiter, Jugendmobilarbeiter. Wir waren eben in Baden-Württemberg, Sindelfingen, Sinsheim, Oftersheim, Städte, die in einer ähnlichen Größe teilweise etwas größer, teilweise etwas kleiner aus Stockerau sind. Man hat dort wirklich gesehen, wenn sich wer für die Jugend interessiert, dann macht das. Es gibt fast in jeder dieser Städte einen Jugendgemeinderat. Das funktioniert aber anders als bei uns. Bei uns ist es eine Person. Dort ist es eben ein wirklicher Gemeinderat aus Jugendlichen. Die haben in dem Gemeinderat tatsächlich auch Antragsrecht und Rederecht bei Jugendthemen. Wir hatten auch dort die Möglichkeit, dass man mit jungen Leuten ins Gespräch kommen, die sich da beteiligen und sie sagen, das Wichtigste ist, dass sie merken, dass sie ernst genommen werden. Ich möchte mich nochmal bedanken bei der Jugendinfo NÖ, der EU und allen Beteiligten, die das möglich gemacht haben. Ich fand es schön zu sehen, was wirklich geht, wenn man sich für die Jugend interessiert. Danke.

Völkl: Dankeschön. Bitte um ein Zeichen der Kenntnisnahme.

Koll: Ich habe noch eine Frage dazu. Ich finde das cool, wie Sie sich engagieren. Ich habe nur am Anfang entweder nicht aufgepasst, oder Sie haben es nicht gesagt. Wie groß ist das Sample? Wie viele Leute wurden da befragt? Ist das repräsentativ? Und was gibt es dafür Bandbreiten von den Prozentzahlen, die Sie genannt haben?

M. Pfeiler: Die genaue Anzahl an befragten Leuten gibt es aktuell noch nicht. Da bin ich gerade mit Michael Heinz von der LEADER Region noch immer in Kontakt. Bandbereite, es geht logischerweise von null bis 100%. Ich könnte jetzt, wenn Sie wollen, noch auf die einzelnen Punkte eingehen, wie der Durchschnitt in der LEADER Region abgestimmt hat.

Koll: Nur eine kurze Anmerkung. Grundsätzlich, wenn ich so Umfragen mache, dann stellt sich erstens die Frage, ob das repräsentativ ist. Die müssen ja ausgewählt werden, die da befragt werden. Und das Zweite ist, aus dem Sample ergibt sich ja eine Bandbreite, wie weit dieser Prozentsatz repräsentativ oder zutreffend ist. Aber das gibt es anscheinend nicht, oder?

M. Pfeiler: Doch, also es sind 8%ungefähr in der LEADER Region, 8%der Leute, die in dieses Alter reinfallen, haben abgestimmt, was weitaus höher ist als jede herkömmliche Studie bzw. Befragung.

Koll: Genügt. Danke.

Völkl: Wir haben nun den Bericht des Prüfungsausschusses.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig zur Kenntnis genommen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Bericht des Prüfungsausschusses vom 19.09.2025

Völkl: Wir haben nun den Bericht des Prüfungsausschusses.

Kubat: Einen wunderschönen guten Abend von meiner Seite. Ich darf Ihnen den Bericht des Prüfungsausschusses vom 19. September 2025 zur Kenntnis bringen. Erstens, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit. Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder des Prüfungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zweitens Stadtzeitung Stockerau. Allgemeines. Die Stadtzeitung der Stadtgemeinde Stockerau mit dem Namen Unsere Stadt erscheint regelmäßig elfmal im Jahr am Anfang eines jeden Monats. Die Sommermonate Juli und August sind in einer Ausgabe zusammengefasst und im Oktober erscheint zusätzlich eine vierseitige Sonderausgabe. Unsere Stadt hat eine Auflage von rund 15.500 Stück und ergeht an einen Haushalt in 2000 Stockerau, 2003 Leitzersdorf / Wiesen, 2011 Sierndorf, 2104 Spillern, 2105 Oberrohrbach / Unterrohrbach, sowie in vielen Außenstellen der Stadtgemeinde Stockerau, wie beispielsweise im Rathaus, im Wirtschaftshof, im Pflegeheim, in den Volksschulen, im Museum und im Archiv. Die Einnahmen und Kosten der Stadtgemeinde Stockerau für Unsere Stadt. Die Einnahmen aus der Stadtzeitung ergeben sich aus den Inserateneinschaltungen von Firmen und Vereinen. Die Inseratenpreise sind zuletzt im November 2024 mit Wirksamkeit dieses Jahres 2025 angepasst worden. Erhöhungen der Inseratenpreise sollten unter Berücksichtigung des Marktumfeldes erfolgen. Die Preise sind wie folgt gestaffelt: eine Achtelseite mit € 125,- eine Viertelseite mit € 245,- eine halbe Seite mit € 480,- und eine ganze Seite mit € 950,-. Die Preisangaben verstehen sich

exklusive 5% Werbeabgabe und 20% Umsatzsteuer. Ein 10%iger Rahmen ist bei Buchungen von aufeinanderfolgenden 3 Monaten sowie ein 15%iger Rabatt bei Buchungen eines ganzen Kalenderjahres möglich. Im Grunde genommen kann jeder, jede juristische wie natürliche Person inserieren, wobei ausdrücklich davon politische sowie erotische, also pornografische Werbung ausgenommen sind. Im ersten Halbjahr 2025 sind netto insgesamt € 18.111,75 an Inseraten und Inserateneinnahmen womöglich ein stärkeres Ergebnis ausweisen werden. Allerdings schlägt sich auch hier die wirtschaftliche Situation über, indem einige Unternehmen bei ihren Werbeausgaben sparen, indem sie in unserer Stadt weniger oder gar nicht mehr inserieren. Im November eines jeden Jahres werden die Unternehmen, die im laufenden Jahr bzw. in den letzten Jahren regelmäßig inseriert haben, angeschrieben, sich bei ihnen bedankt und gebeten, ob im kommenden Jahr wieder mit einer Einschaltung in die Stadtzeitung gerechnet werden kann. Im Zuge dieser Initiative regt der Prüfungsausschuss an, dass auf größere Unternehmen mit Sitz in Stockerau aktiv zugegangen wird, um zu eventuellen neuen Kundschaften für die Einschaltung in die Stadtzeitung zu gewinnen. Die oben genannten Inseratenpreise gelten für Vereine wie Unternehmen und es wird hierbei keinerlei Ausnahmen gemacht. Allerdings besteht für gemeinnützige Vereine, die eine Veranstaltung ankündigen, die Möglichkeit neben dem geschalteten Inserat einen kleinen Artikel samt Foto kostenfrei hinzuzufügen, was einer indirekten Förderung gleichkommt. Die Staatszeitung im Jahr umfasst ca. 32 bis 36 Seiten, einmal in der Aprilausgabe mit 40 Seiten, wovon ca. 6 bis 8 Seiten aus Inseraten besteht. Die Gesamtkosten für eine 36-seitige Unsere Stadt belaufen sich auf ungefähr € 13.851,58. Als Basis wird hier die Stadtzeitung mit der Ausgabe 07.08.2025 herangezogen. Bei der Stadtzeitung ist die Stadtgemeinde Stockerau größtenteils vorsteuerabzugsberechtigt, weshalb die Nettokosten angeführt werden. Hierbei schlüsseln sich die Kosten wie folgt auf. Die Firma Bösmüller verlangt € 9.856,36 für eine Menge von 15.700, also heruntergerechnet sind das 61 Cent pro Stück, wobei festgehalten wird, dass nie auf Basis von Stückzahlen kalkuliert wird, sondern immer die Gesamtauflage. Die Kosten der Gesamtauflage hängt vor allem von den Papiermengen, der Papierqualität, Maschinenkosten, Arbeitszeiten, Kosten für die Weiterverarbeitung und den Transport ab. Bei diesen Kosten sind die Druckkosten und die Satzgestaltung enthalten. Anmerkend soll noch erwähnt werden, dass es in der Druckbranche zum Teil Sprungfixe-Kosten gibt, weshalb es durchaus wirtschaftlichen Sinn ergibt eine etwas höhere Menge zu bestellen, die dann günstiger sein kann als die etwas geringere Menge. Das Porto der Post beläuft sich auf € 2.321,10 bei einer Menge von 15.513 und einem Gewicht von ca. 110 g pro Zeitung. Heruntergerechnet ergibt dies etwa € 0,14962 pro Stück. Wie schon erwähnt, der Stadtgemeinde verteilt. Die Personalkosten von Mag. Ihm und Frau Klug belaufen sich schätzungsweise auf € 1.944,12. Frau Klug ist mit 30 Stunden in der Woche beschäftigt und das Arbeitspensum für eine Ausgabe der Stadtzeitung lässt sich in einer Woche zusammenfassen. Herr Mag. Ihms Aufwand für die Stadtzeitung wird mit circa 10% seiner Arbeitszeit geschätzt. Die größte Arbeit liegt in der Korrektur der Artikel, der Recherche und die Abklärung diverser Bildrechte, Stichwort Symbolbild, da die Stadtzeitung nicht nur in Print erscheint, sondern auch abrufbar auf der Homepage der Stadtgemeinde Stockerau ist. Die Personalkosten der Fachabteilungen, die Artikel für Unsere Stadt schreiben, wird zwischen fünf bis dreißig Minuten geschätzt; diese Kosten bleiben bei der Prüfung unberücksichtigt. Die Kosten der Stadtzeitung werden versucht mit verschiedenen Maßnahmen zu regulieren. So kauft beispielsweise die Stockerauer Druckerei Bösmüller das Papier für Unsere Stadt für ein gesamtes Jahr ein und lagert es bei ihnen ein, um diverse Preisschwankungen oder Erhöhungen unterjährig auszugleichen. Darüber hinaus wird ein anderes kostengünstigeres Papier verwendet. Im Vergleich zu anderen Druckereien, speziell Internet-Discounter, ist die Firma Bösmüller mit dem Preis-Leistungsverhältnis Bestbieter. Die Zustellung erfolgt über die Post. Gemäß Herrn Mag. Ihm ist die Post ein verlässlicher Partner. Größere Probleme mit der Zustellung gibt es unterjährig nicht. Kleinere Ärgernisse tauchen höchstens zweimal im Jahr auf und können schnell geregelt werden. Herr Mag. Ihm hat des Weiteren veranlasst, dass die Post bei der Zustellung der Stadtzeitung keinerlei Subunternehmen beauftragen darf. Überlegungen den Zustellungsdienst zu wechseln scheiden aus mehreren Gründen aus, die Stadtzeitung ist nicht nur ein Informationsblatt, sondern auch ein Amtsblatt. Eine Zustellung über beispielsweise die Bezirksblätter hätte die Folge, dass einige Haushalte mit einem Werbeverzicht-Aufkleber diese nicht bekommen würden. Darüber hinaus arbeiten die Bezirksblätter mit Subunternehmen. Nach einem kleinen Online-Preisvergleich sind die Bezirksblätter teurer als die Post. Die Stadtzeitung Unsere Stadt sollte als eigenständiges

Medium wahrgenommen werden, was als Beilage in den Bezirksblättern mit dem anderem Werbematerial verschwimmen könnte. Die vierseitige Sonderausgabe im Oktober zum Nationalfeiertag hat im Jahr 2024 insgesamt € 2.907,21 gekostet pro Stück € 0,1878, wobei wie oben erwähnt nie mit Stückkosten kalkuliert wird. Die Firma Bösmüller kostet bei der vierseitigen Sonderausgabe im Oktober € 1.522,78 bei einer Menge von 15.600 und die Post € 1.384,43 bei einer Menge von 15.343. Der Prüfungsausschuss möchte an die Frau Bürgermeisterin, Frau Mag. F.H. Völkl aufgrund ihrer Kulturagenden und Herrn Vize. Bürgermeister Scheele, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Sport und Kultur folgende Empfehlung abgeben. Der Ausschuss sollte diskutieren, ob Ausgaben der Stadtzeitung unserer Stadt im Jahr von elf auf zehn oder neun reduziert werden könnten. Diese könnte bis zu circa € 25.000 einsparen. So könnte im Ausschuss vom Umfang etwas geringere Ausgaben wie im Februar oder Oktober mit der darauffolgenden erscheinenden Zeitung zusammengefasst werden. Zweckmäßigkeit der Stadtzeitung Unserer Stadt. Die Stadtzeitung Unserer Stadt ist, wie oben erwähnt, ein Amtsblatt, weshalb gewisse Kundmachungen wie beispielsweise Kindergarten, Schuleinschreibungen oder Raumordnungsplan gesetzlich erfolgen muss. Zum anderen fungiert sie für Informationen rund um die Stadt, z.B. Baustellenreport, Straßensperrungen und um das Leben der Stadt, Kunst und Kultur, Vereine, Sport, etc. Dann kommt etwas für den nichtöffentlichen Teil und dann Allfälliges. Der Prüfungsausschuss wird regulär voraussichtlich am 28. November um 7:30 Uhr zusammenkommen. Der Ausschussvorsitzende bittet die im Ausschuss vertretenen Gemeinderatsfraktionen um Bekanntgabe, die aus ihrer Sicht prüfungsrelevanten Themen bis Mitte Oktober. Dann wurde, wie die Gemeindeordnung erfordert, vom Prüfungsausschuss eine Gebarungsprüfung durchgeführt. Da erspare ich Ihnen das Zahlenwerk und komme gleich zur Conclusio. Aus der Gegenüberstellung von Istbestand laut Tagesbericht und Sollbestand ergibt sich eine vollständige Übereinstimmung. Zum Zeitpunkt der Prüfung haben sich € 4.202,52 in der Handkasse der Buchhaltung befunden. Der Betrag deckt sich mit dem ausgewiesenen Kassastand der Buchhaltung. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses danken Herrn Binder, Herrn Mag. Ihm. sowie der gesamten Stadtverwaltung für die Mühen und für die Aufarbeitung aller Zahlen, Daten und Fakten. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Völkl: Dankeschön, eine Wortmeldung.

Scheele: Ja, auch einen schönen guten Abend meinerseits. Ich habe eine Frage, Verständnisfrage. Der Ausschuss für Sport und Kultur berät über die Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit der Stadtgemeinde Stockerau, weil? Vielleicht habe ich im Kleingedruckten etwas übersehen, was da drinsteht, darüber hinaus berät der Ausschuss alle anderen Dinge, über die die anderen nicht reden wollen oder so?

Kubat: Also der Ausschuss ist angeregt, ich spreche das jetzt frei, ich bitte da meine Mitglieder des Prüfungsausschusses mir dazu verzeihen, weil wir ja ein Kollegialorgan sind, dass der Ausschuss darüber nachdenkt, die Ausgaben der Stadtzeitung von 11 auf 10 oder 9 zu reduzieren, weil es gibt Ausgaben der Stadtzeitung, die etwas schwächer sind, auch von der Seitenanzahl und da könnte man diese zusammenfassen.

Scheele: Ich sehe es nur thematisch nicht in meinem Ausschuss, aber okay. Stadtzeitung, Sport und Kultur. Und wenn es darum geht Kosten einzusparen, ist es der Klassiker für den Finanzausschuss, dass wäre mein Zugang.

Kubat: Das stimmt, aber wir haben es so gesehen, dass die Stadtzeitung ja, weil sie nicht nur ein Amtsblatt ist, sondern mehr beinhaltet mit Kunst, Kultur, Sportvereine, Berichterstattungen, eigentlich eine gewisse Art auch des Kulturzweckes von der Stadtgemeinde Stockerau bringt, weil es das alltägliche Leben betrifft und da sollte es im Ausschuss besprochen werden, aber man kann es gerne, wenn Sie so wollen, auch in den Finanzausschuss weiterleiten.

Falb: Ja, es sind auch oft Themen über die Au drin, also mit genau demselben Argument könnte man es im Umweltausschuss machen oder es ist über den Friedhof oft, Aller Seelen, Aller Heiligen und so weiter, wäre ja der Friedhof-Ausschuss denkbar. Also mein Ausschuss wäre Verwaltung. Ich

würde mich da freiwillig melden, ganz abgesehen davon, dass ich mich sehr wundere, dass die Grünen für weniger Information an die Bevölkerung sind, aber das können wir im Ausschuss dann auch gut beraten.

Kubat: Da muss ich jetzt wirklich vehement widersprechen, wenn ich hier als Vorsitzende des Prüfungsausschusses einen Bericht des Prüfungsausschusses vorlese und zur Kenntnis bringe, dann bin ich immer der Meinung und das sagte ich damals schon im Jahr 2019, als ich zum ersten Mal diese Aufgabe und Verantwortung übernommen habe, dass das nicht parteipolitisch ist und keine parteipolitische Weltanschauung hat, sondern wir überprüfen wirklich nur nach Zahlen, Daten und Fakten ganz objektiv, weil wir uns, oder so verstehe ich auch meine Aufgabe, als eine Art Rechnungshof, unter Anführungszeichen, der Stadtgemeinde sehen und da hat Parteipolitik nichts damit zu tun und deswegen möchte ich jetzt auch sagen, diese Empfehlung ist auch einstimmig im Ausschuss erfolgt, weil wir eben nur nach Zahlen, Daten und Fakten gehen und ich verweise das wirklich auf das Schärfste zurück, dass es irgendwie was Parteipolitisches ist.

Falb: Ich nehme das zur Kenntnis, wie gesagt, ich melde mich freiwillig, dass im Ausschuss neun zu behandeln, das Thema, wenn es niemand anderer behandeln will, können wir gerne und es kann auch der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dann teilnehmen an den Beratungen und seine Ideen einbringen zu den Änderungen beim Stadtblatt. Danke.

Scheele: Als Vorsitzender des Sport- und Kulturausschusses würde ich gerne dem ersten Vizebürgermeister den Zuschlag erteilen.

Völkl: Gut, wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, ersuche ich um ein Zeichen der Kenntnisnahme. Dankeschön. Dankeschön. Wir treten nun in die Tagesordnung ein und wir kommen zu den Anträgen des Herrn Stadtrates für Bauwesen und Stadtentwicklung.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig zur Kenntnis genommen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

1. Beauftragung Aufzugsanierung Z2000

Rosenberger: Vielen Dank. Guten Abend, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Zuseher zu Hause. Ich habe heute zwei Punkte auf der Tagesordnung. Der erste Punkt, da geht es um eine Beauftragung der Aufzugssanierung im Z2000. Im Zuge der Wartungsarbeiten bei den Aufzugsanlagen wurde im Veranstaltungszentrum Z2000 festgestellt, dass beim Personenaufzug und beim Lastenaufzug die Türlaufrollen und die Gegenlaufrollen an den Türen der Haltestellen teilweise gebrochen sind. Um einen Totalausfall zu vermeiden und die Betriebssicherheit der Anlage zu gewährleisten, wurde seitens der mit der Wartung beauftragten Firma TK Aufzüge GmbH ein zeitnaher Austausch der defekten Rollen empfohlen. Ich möchte nur festhalten, abseits des Amtsberichtes. Die Betriebssicherheit ist derzeit natürlich auch gegeben. Durch die Stadtgemeinde Stockerau wurden für die notwendigen Arbeiten bei der Firma TK Aufzüge GmbH für die notwendigen Leistungen Angebote eingeholt und geprüft. Es wird die Beauftragung der Leistungen gemessen in Angeboten vom 8.10.2025 und vom 9.10.2025 für die Anlage 709/2089 € 2.989,- netto und für die Anlage 709/2090 € 2.989,- netto. In Summe macht es aus netto € 5.978,-

empfohlen. Die Leistungen sind im Voranschlag nicht bedeckt.

Antrag

Ich darf den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle beschließen, die Firma TK Aufzüge GmbH Sonnenaufzugs und des Lastenaufzugs im Veranstaltungszentrum Z2000 gemäß Angeboten vom 8.10.2025 und 9.10.2025 mit einer Summe von insgesamt € 5.978,- netto beauftragt. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Ich bitte um Abstimmung und Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

2. Vereinbarung über die Grundbenützung Schidla-Gasse

Rosenberger: Vielen Dank. Die Erneuerung über die Grundbenutzung in der Schidla-Gasse. Die Netz NÖ GmbH plant im Bereich der Johann Schidla-Gasse. Das ist auf den Plänen schön ersichtlicher, die dem Amtsbericht beiliegen. Die Verlegung einer neuen 20 KV die Erneuerung des Niederspannungsnetzes sowie die Mitverlegung einer LWL-Leitung. Gemeinsam mit dem Projekt wird auch die bestehende Gasleitung erneuert, ein Korrosionsschutz-Kabel verlegt, ein Fernwärme-Anschluss vorbereitet und Kabelplus Leitungen mitverlegt. Diesbezüglich sollen für die Benutzung der Grundstücke der Stadtgemeinde Stockerau Vereinbarungen zur Grundbenützung abgeschlossen, zwischen der Netz NÖ GmbH und der Stadtgemeinde Stockerau genehmigt und unterfertigt werden.

Antrag

Ich darf daher den Antrag stellen, die beiliegenden Vereinbarungen zur Grundbenützung zur Verlegung von diversen Leitungen abgeschlossen zwischen der Netz NÖ GmbH und der Stadtgemeinde Stockerau betreffend den Gemeindestraßen Johann Schidla-Gasse, John F. Kennedy-Platz und Kaserngasse werden unterfertigt. Ich darf auch hier um Ihre Zustimmung bitten.

Völkl: Eine Frage?

D. Pfeiler: Ja, Markus, danke für den Amtsbericht. In den Plänen sei die Leitungsführung ersichtlich. Also offenbar gibt es da zwar Pläne in meinem Amtsbericht oder in den Plänen, die mir vorliegen, dem Amtsbericht beiliegen, sehe ich da keine Leitungstrassen. Das führt mir jetzt gleich zu der Frage, wo diese Leitungstrassen im Detail zu liegen kommen, weil ja gerade die Leitungstrassen, die im Untergrund liegen, dann immer ganz stark die Oberflächengestaltung determinieren, festlegen und dort die Möglichkeiten das sehr stark einschränken. Insofern wäre da die Information wichtig, wo da die Leitungstrassen wirklich liegen und ja, das ist da dem Amtsbericht eigentlich nicht ersichtlich.

Rosenberger: Lieber Didi, du hast natürlich Recht. Ich muss dir wirklich Recht geben, wir haben diesen Punkt auch im Ausschuss nicht behandelt und ja, daher bitte.

Dummer: Auf der Westseite von der Schidla-Gasse sind die Grabungen, die Grabungsarbeiten sind schon im Gange, das ist nicht zu übersehen. Entlang vom Gehsteig von oben bis zur Ernst-Brunner-Straße wird aufgegraben und quer rüber am Kennedy-Platz auch, auf der Nordseite für die Hausanschlüsse der Gebäude am Kennedy-Platz und der Stöger-Gasse 6 und nachdem die KIG auch betroffen ist, weiß ich zufällig, wo das passiert und es geht um Gas, Strom und LWL. Wir haben vorher Kanal und Wasser gemacht, das haben wir schon gemacht und das sind jetzt die letzten Grabungsarbeiten und dann machen wir irgendwann noch die Straßen, wenn wir Geld haben.

Altinger: Darf ich vielleicht noch ergänzend dazu etwas sagen? Wie ich gestern Abend diesen Amtsbericht verfasst habe, hat es noch eine Beilage mit den detaillierten Trassenführungen gegeben, deshalb ist sie im Amtsbericht erwähnt. Es hat in einem Bereich, im Bereich des Kennedy-Platzes eine Abweichung gegeben zwischen den dargestellten Leitungsführungen und den vorab mit dem Bauamt besprochenen Leitungsführungen. Wir haben heute versucht, den zuständigen Mitarbeiter bei der EVN zu erreichen, um das noch abzustimmen und den Plan noch in eine abgestimmte Version zu bringen, der ist aber heute nicht erreichbar gewesen, deshalb habe ich die Leitungsführung aus der Beilage entfernt. Es wird sich an den Grundstücken, die in der Grundbenutzung erwähnt sind, nichts ändern und wir werden das, sobald der zuständige Mitarbeiter bei der EVN wieder im Einsatz ist, noch einmal klären und diese Leitungsführung richtigstellen und dann gibt es auch die entsprechenden Beilagen, die man gerne dann auch zur Verfügung stellen können.

Völkl: Lieber Herr Baubereichsleiter, danke für die Ausführungen. Dann stimmen wir ab. Bitte um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Zustimmung der FPÖ, der ÖVP, der SPÖ, vom Herrn Gemeinderat Fischer, Frau Gemeinderätin Steuer, der Herr Gemeinderat Pfeiler, der Herr Gemeinderat Kubat, die Frau Gemeinderätin Fless-Klinger, der Herr Gemeinderat Muth. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Herr Stadtrat Pfeiler und Herr Gemeinderat Grim-Schlink. Dankeschön. Wir kommen nun zu den Anträgen des Herrn Stadtrates für Beteiligungen und Liegenschaften.

Abstimmungsergebnis: **Mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0	GRÜNE	2 StR Pfeiler, GR Grim-Schlink
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

3. Kooperationsvereinbarung PÜSPÖK PV Projekt GmbH

Koll: Guten Abend allseits. Drei Anträge. Der erste ist ein sehr erfreulicher. Es ist ja im Ausschuss schon zweimal besprochen worden, das Projekt PÜSPÖCK PV, Projekt GmbH betreffend das, was wir so salopp Agro-PV nennen. Es werden also PV auf dem im Amtsbericht vorliegenden

Grundstück gebaut. Das sind 6,61 Hektar und da soll eine Photovoltaikanlage dort errichtet werden. Und dazu bedarf es einiger Verträge, die mit dem Errichter abzustimmen sind. Die sind dem Amtsbericht meines Erachtens, richtig beiliegend. Die Anlage ist also eine Agro-PV in Kombination mit Schafzucht, die mit einem örtlichen Landwirt betrieben wird. Mehrere Informationen können dem Amtsbericht beiliegende Präsentationen entnommen werden, die wir im Ausschuss aber alle schon gesehen haben. Zwischen der der Stadtgemeinde Stockerau und der PÜSPÜCK PV Projekt GmbH soll die beiliegende Kooperationsvereinbarung abgeschlossen werden. Diese Vereinbarung soll auf unbestimmte Zeit abgeschlossen werden. Es wird ein Kündigungsverzicht bis 31.12.2035 bzw. bis zur Außerbetriebnahme der PV vereinbart. Als Entgelt für die durch den Bau und Betrieb des Photovoltaikprojekts entstehenden Belastungen, insbesondere die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes im Gemeindegebiet, erhält die Gemeinde ab Inbetriebnahme ein jährliches pauschales Entgelt in Höhe von € 750,- pro installiertem Megawatt-Peak im Gemeindegebiet, das ist die Modulleistung, dieses Entgelt ist wertgesichert. An der Stelle bedanke ich mich bei allen, die diese Verträge mehrmals gelesen haben, auch die vielen Telefonate, die da stattgefunden haben, wo ganz wichtige Veränderungen in den Verträgen noch durchgesetzt werden konnten. Insbesondere bedanke ich mich bei dem DI Altinger, der sehr, sehr oft, glaube ich, Kontakt hatte, auch bei unserem Finanzstaatrat, der sich immer die Einnahmen und Ausgaben von solchen Dingen anschaut und der auch noch eine Wertsicherung reingenommen hat, das wurde bis vorgestern oder bis gestern, glaube ich, wurde dann noch herumtelefoniert und diese Wertsicherung beginnt jetzt mit Basis Jänner 2026. Nachdem es ein langfristiges Projekt ist und immer wieder Verträge gibt, die auftauchen aus der Vergangenheit, wo sehr langfristige Dinge gar nicht indexiert sind, vielen Dank für alle diese Anregungen und Ihre Mühe. Dieses Vertragswerk besteht eben aus der Kooperationsvereinbarung mit zwei Beilagen, wobei noch darauf hinzuweisen ist, dass diese Festlegung der Trasse, der Leitungsführung für die Verbindung zwischen der PV Anlage und dem Umspannwerk noch nicht feststeht. Aus dem Grund wird es in einer Extrasitzung dann noch einmal mit den konkreten Grundstücken zu beschließen sein.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag der Gemeinderat wolle beschließen, die dem Amtsbericht beiliegende Kooperationsvereinbarung abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und der PÜSPÜCK PV Projekt GmbH mit den Anlagen 1-3 wird unterzeichnet. Für den Servitutsvertrag erfolgt nach finaler Festlegung der Trasse der Leistungsführung ein gesonderter Gemeinderatsbeschluss. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Eine Frage, bitte Herr Gemeinderat Fischer.

Fischer: Dazu ein paar Anmerkungen von meiner Seite. Grundsätzlich tolles Projekt, haben wir in der letzten Sitzung bereits alle gesagt, aber der Servitutsvertrag sieht keine Erhöhung des Entgeltes vor, wenn mehr als eine Leitung verlegt wird. Dabei handelt es sich wohl auch um oberirdische Leitungen, die zusätzliche negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild haben. Hier wäre eine angemessene Erhöhung je nach Anzahl der Leitungen sachgerechter und in der finalen Fassung zu berücksichtigen. Als Anregung.

Koll: Ja, danke. Soweit mir bekannt ist, es gibt ausschließlich Leitungen, die unterirdisch verlegt werden. Von oberirdischen Leitungen war nie die Rede und ist auch nicht jetzt geplant. Der Stadtrat Hödl sagt, das ist nicht Standardtechnik, das würde man auch jetzt nicht machen.

Fischer: Okay, danke. Es sind also keine 360 KW Leitungen. Zur Kooperationsvereinbarung, da tu ich mich schwer. Wir lassen uns eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes finanziell abgelten, mit € 750,- pro Megawatt-peak. Im gesamten Amtsbericht findet sich kein Hinweis, wie viele MWp errichtet werden sollen, und wie hoch diese Gegenleistung daher ist. Und dann soll auch noch diese Gegenleistung gar nicht für Verbesserungen im Landschaftsbild verwendet werden, sondern sie soll zweckentfremdet werden. Das passt nicht zusammen, wir lassen uns einen Schaden ersetzen und verwenden den Schadenersatz dann für ganz was anderes. Das ist in sich unstimmig. Ich werde dennoch zustimmen, da das Projekt als Ganzes zu unterstützen ist.

Koll: Also die Fläche habe ich schon gesagt und im Ausschuss wurde ja auch die Kapazität erwähnt und das sind circa diese 8000 Megawattstunden, die das erzeugt. Und das wieviel Megawattpeak das ist, steht da irgendwo drin und weiß ich aber nicht auswendig. Okay, dann sind es 43x750 und das indexiert. Danke. Aber ich glaube 43 jetzt die gesamte Fläche sind und da ist noch nicht die ganze Fläche jetzt dabei. Aber wie gesagt, ich freue mich auch über diese Geschichte. Eine weitere Beilage ist ja nicht nur die Kooperationsvereinbarung, Servitutsvertrag der erwähnte, sondern auch diese Vereinbarung über diese Bürgerenergiegemeinschaft, die gleichzeitig auch abgeschlossen wird. Das heißt, es wird in Zukunft möglich sein, wenn das dort in Betrieb ist, dass die Bürgerinnen und Bürger eben von dieser Stromerzeugung direkt profitieren, indem sie sich dieser Gemeinschaft anschließen und dann von dort den Strom beziehen. Und ob das dann wirtschaftlich ist für die Bürger, wird man sehen. Aber von der Grundidee, dass es die Möglichkeit gibt, halte ich auch für sehr gut. Sonst noch Fragen?

Völkl: Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

4. Verkauf Teilflächen Gst.Nr. 58/4

Koll: Mein nächster Tagesordnungspunkt betrifft den Verkauf einer Liegenschaft. Die Stadtgemeinde Stockerau beabsichtigt den Verkauf von Teilflächen des Grundstücks 58/4 an Herrn Georg Maresch, gemäß dem beiliegenden Kaufvertragsentwurf. Das sind insgesamt 152 Quadratmeter, das sogenannte Trennstück 1 aus der Vermessung dort, gemäß beiliegenden Teilungsplan in der Widmung Bauland Kerngebiet zu einem Verkaufspreis von € 45.600,-, das sind € 300,- pro Quadratmeter, verkauft werden. Wir haben das auch im Ausschuss besprochen, haben dort dann die Grenze für das, um was wir das verkaufen könnten, festgelegt und das hat der Käufer akzeptiert. Zusätzlich wird er die Kosten der Vermessung und die Kosten der Vertragserrichtung selber tragen.

Antrag

Es wird auf Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Stadtgemeinde Stockerau verkauft Teilflächen im Ausmaß von 152 Quadratmetern am Ende von € 45.600,-, gemäß dem beiliegenden Vertragsentwurf. Ich bitte auch da um Ihre Zustimmung.

Völkl: Eine Frage?

Pfeiler: Ja, Wortmeldung von meiner Seite. Das Grundstück 58/4 ist aktuell Teil des gärtnerisch ausgestalteten Stadtparks. Ich weiß, es ist widmungsmäßig Bauland-Kerngebiet, aber dennoch ist es Teil des gärtnerisch ausgestalteten Stadtparks aktuell und wir haben das ja schon einmal gehabt, wir haben Grün- und Parkflächen am Ende vom Neuriss verkauft. Ich bin eigentlich gegen den Ausverkauf von Parkflächen, die einfach so wichtig sind. Auch wenn das Motiv dahinter des Käufers nachvollziehbar ist und so weiter, aber dennoch geht für mich da einfach der langfristige Erhalt von innerstädtischen Park- und Grünflächen vor. Gerade in Zeiten der Überhitzung brauchen wir einfach jeden Quadratmeter innerstädtisch, der gärtnerisch ausgestaltet bleibt, bewachsen ist und Parkflächen bietet. Darum bin ich hier gegen diesen Verkauf. Dankeschön.

Völkl: Ich bitte um Abstimmung und ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Zustimmung der FPÖ, der ÖVP, der SPÖ, Gemeinderat Fischer, Frau Gemeinderat Steuer. Gegenstimmen? Herr Gemeinderat Pfeiler, Herr Gemeinderat Kubat, Frau Gemeinderat in Gemeinderat Pfeiler, Enthaltung? Gemeinderäte Muth und Grim-Schlink. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis: **Mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	4	GRÜNE	2 GR Muth, GR Grim-Schlink
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

5. Verkauf Gst.Nr. 251, KG Unterzögersdorf

Koll: Dankeschön. Ich komme zu einem weiteren Grundstücksverkauf. Das ist ja schon mein letzter Tagesordnungspunkt. Stadtgemeinde Stockerau beabsichtigt den Verkauf des Grundstücks 251 in der KG Unterzögersdorf an die Müllner Immo GmbH gemäß beiliegenden Kaufvertragsentwurf. Es sind insgesamt 246 Quadratmeter im Vermessungsplan der Arge Vermessung in der Widmung Bauland Betriebsgebiet zu einem Verkaufspreis von € 36.900,-. Es entspricht € 150,- pro Quadratmeter verkauft werden. Die Käuferin beabsichtigt das Grundstück mit dem ebenfalls in ihrem Eigentum befindlichen Grundstück 253/2 zu vereinigen und auf dem neuen Grundstück ein Gebäude zur Sportnutzung umzusetzen. Die Kosten für die Umverlegung der derzeit am Grundstück situierten Luftgütemessstelle werden gemäß Kaufvertrag von der Käuferin getragen. Da gibt es auch schon Gespräche, wo das hinkommen soll. Da war die Frau Bürgermeisterin und der Herr DI Altinger in Gesprächen mit der zuständigen Stelle im Land. Die Kosten für die Vermessung und für die Vertragserrichtung werden ebenfalls durch den Käufer getragen.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Stadtgemeinde Stockerau verkauft das Grundstück Nr. 251, KG Unterzögersdorf im Ausmaß von 246 m² in der Widmung Bauland Betriebsgebiet zu einem Verkaufspreis von € 36.900,- gemäß beiliegendem Vertragsentwurf. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Eine Wortmeldung, bitteschön.

D. Pfeiler: Danke. Ich komme noch mal kurz zurück auf die Luftgütemessstelle, die sich auf dieser Liegenschaft befindet. Also das ist mit dem Land schon bekannt und besprochen, dass die zu verlegen ist, diese Luftgütemessstelle, und welche Standorte sind da momentan im Gespräch, Frau Bürgermeister?

Völkl: Ich habe mit der Abteilung telefoniert und die Frau Mag. Scheicher hat gesagt, dass in einem Wohngebiet nahe, also sie messen in Wohngebieten und die wird verlegt und da kommt sie noch genau auf mich zu. Wir müssen das erst prüfen, ob dort die Standorte auch geeignet sind vom Strom und den Anschlüssen. Es ist eine Luftgütemessstation des Landes Niederösterreich und sie entscheiden natürlich dann, wo sie befinden, dass das der optimale Standort ist.

Hödl: Nur ganz kurz dazu. Wir hatten es schon, jetzt weiß ich nicht, wahlweise im Ausschuss oder eh da hier im Gemeinderat, dass die Luftgütemessstationen Niederösterreich aufgrund neuer Regulativen neu verteilt werden. Von dem her, war das sowieso ein Prozess, der im Jahr 2026 dann definitiv festgelegt wird und dass die Station dort sowieso nicht verblieben wäre. Aber diese neue Festlegung ist eben Sache des Amtes der NÖ Landesregierung.

Pfeiler: Ja, weil wir sind ja durch die A22 ganz stark belastet und insofern ist es einfach extrem wichtig, hier repräsentativ so, es gibt ja immer die Diskussion mit der Themate Verkehrsnahe Messstelle, also gibt es eine ganze Menge Parameter, die zu beachten sind und darum würde ich ersuchen, dass wir am laufenden bleiben, wo diese neue Messstelle dann situiert wird. Dankeschön.

Koll: Sobald wir wissen, wo die hinkommt, werden wir es bekannt geben. Danke.

Völkl: Ich ersuche eine Abstimmung und sehe Einstimmigkeit. Danke.

Koll: Dankeschön

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

6. Basisförderung 2025 – Vereine ausgenommen Sportvereine, Nachtrag

Völkl: Das Wort hat der 2. Vizebürgermeisters, Stadtrat für Sport und Kultur.

Scheele: Danke, Frau Bürgermeisterin. Ich darf Ihnen die ersten von insgesamt sechs Tagesordnungspunkten zur Beschlussfassung präsentieren. Erster Tagesordnungspunkt Basisförderung 2025 Vereine ausgenommen, Sportvereine Nachtrag. Im Sinne der Richtlinien über die Vergabe von Förderungen an Kulturvereine, sonstige Vereine und Organisationen mit Ausnahme von Sportvereinen sind nachträglich noch Anträge um Basisförderung gemäß Punkt 3a der Richtlinie eingelangt. Eine Auszahlung erfolgt nach Vorlage eines Rechenschafts- beziehungsweise Tätigkeitsberichts über das Jahr. Die Ansuchen wurden im Gemeinderatsausschuss für Kultur und Sport oder Sport und Kultur behandelt und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen. Es betrifft folgende Vereine. Es angesucht haben der Fischereiverein bei Stockerau. Da reden wir über einen Betrag von € 150,-. Der Krampusverein Krumpenwossa Teifln € 500,-. Die Schützenkapelle Stockerau € 500,-. Und Vokalharmonie € 500,-. Das ist eine Gesamtsumme von € 1.650,-.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Genehmigung der Basisförderung 2025 wie gerade verlesen zu genehmigen. Ich ersuche um eine Zustimmung.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Eine Wortmeldung Herr Gemeinderat Fischer, bitte.

Fischer: Die Förderrichtlinien sehen eine Frist bis zum 15. März vor. Bis zu diesem Tag können Förderansuchen für die jährliche Grundsubvention eingebracht werden. Ich zitiere: „Nur fristgerecht eingebrachte Ansuchen können dem Gemeinderat zur Behandlung und Beschlussfassung vorgelegt werden.“ Es gibt Vereine, die diese Bestimmung ernst nehmen und im Sommer erkannt haben, dass sie für heuer die Frist versäumt haben und daher erst kommendes Jahr wieder einen Antrag stellen werden. Eine Fristverlängerung wurde ja nicht beschlossen. Jetzt werden uns vier Ansuchen vorgelegt, von denen drei eindeutig nach dem Stichtag verfasst wurden; diese wären daher als verspätet zurückzuweisen gewesen. Ein Antrag stammt vom Jänner, da gehe ich davon aus, dass der im Haus in Verstoß geraten ist. Ich ersuche daher um getrennte Abstimmung zu den einzelnen Anträgen und werde den verspätet gestellten nicht zustimmen.

Völkl: Dann Abstimmung über die Förderung für den Fischereiverein. Bitte um Zustimmung. Einstimmig. Gegenprobe. Einstimmig.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Völkl: Krampusverein Krumpenwossa Teifln. € 500,-. Bitte um Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Nein. Enthaltung. Nein. Gegenstimmen. Danke schön, Herr Gemeinderat Fischer. Zustimmung. Der Rest.

Abstimmungsergebnis: **Mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	0	NEOS	1	NEOS	0

Völkl: Schützenkapelle. € 500,-. Gegenstimmen. Herr Gemeinderat Fischer. Zustimmung. Der Rest. Danke schön.

Abstimmungsergebnis: **Mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	0	NEOS	1	NEOS	0

Völkl: Vokalharmonie. Gegenstimmen. Keine. Doch. Der Herr Gemeinderat Fischer. Enthaltung. Keine. Zustimmung. Der Rest. Danke schön.

Abstimmungsergebnis: **Mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	0	NEOS	1	NEOS	0

7. Z2000 – Anpassung der Tarife

Scheele: Der nächste Tagesordnungspunkt betrifft das Z2000 und das Belvedereschlössl Tarifanpassung. Durch die allgemeinen Preissteigerungen einerseits und die gestiegenen Energiepreise andererseits sollen die Entgelte für das Veranstaltungszentrum Z2000 und das Belvedereschlössl angepasst werden. Die letzte Erhöhung erfolgt im Jahr 2024. Des Weiteren soll die Preisliste dahingehend angepasst werden, dass es für den Stadtsaal des Z2000 drei sogenannte Mietpakete geben soll, die unterschiedliche Leistungen der Saalausstattung beinhalten werden. Damit wird es für Kunden und Interessenten transparenter für die jeweils geplante Veranstaltung, die passende Ausstattung zu wählen. Die Aufpreisliste für Sonderausstattungen soll es ergänzend weiterhin geben. Ab dem Inkrafttreten der Tarife ist deren Höhe wertgesichert. Ab einer Erhöhung des Verbraucherpreisindexes 2020 von 5% ist die Höhe der Tarife einmal pro Jahr mit 1. Oktober

des jeweiligen Jahres anzupassen. Als Bezugszeitraum soll jeweils September, erstmalig mit September 2026 im Vergleich zum Vorjahr herangezogen werden. Im Fall einer Änderung ist der Beitrag auf volle 5 € aufzurunden. Ausgenommen davon sind Ausfahrtickets für das Park-Deck Z2000 sowie der Tarifabendkasse und Vorverkauf pro Karte, die jeweils auf den genauen Centbetrag anzupassen sind. Es wird daher vorgeschlagen, folgende Entgelte ab 10.11.2025 zu verrechnen. Ich ersuche mich von der Verlesung der viereinhalb Seiten zu entbinden.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Anpassungen der Entgelte für das Veranstaltungszentrum Z2000 aus Belvedereschlössl gültig ab 10.11.2025 wie im Folgenden angeführt, zu beschließen. Bei dem Inhalt des vorliegenden Beschlusses handelt es sich um eine Information von allgemeinem Interesse nach dem Informationsgesetz, die proaktiv zu veröffentlichen ist. Es stehen keine Geheimhaltungsgründe der Veröffentlichung entgegen. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Völkl: Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Einstimmigkeit, danke.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

8. Sport: Projektförderungen 2. HJ 2025

Scheele: Der nächste Punkt betrifft Subventionen, Sportförderungen, 2. Halbjahr 2025. Im Sinne der Richtlinien für Sportförderungen betreffend den Bereich Projektförderungen sind von Sportvereinen einige Anträge eingelangt. Gemäß Richtlinie § 7 maximal 50%der Gesamtprojektkosten und € 2.000,- pro Projekt- und Kalenderjahr. Die Ansuchen wurden im Gemeinderatsausschuss für Sport und Freizeit behandelt und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, folgende Vereine erhalten eine Projektförderung in angeführter Höhe. Ballsport-Club Cageball für LAZ Stockerau Teilnahme in Prag und Göteborg, € 200,-. Stockerau Eissportverein für Bandenplattenerneuerung, Inline-Hockeyplatz, Sportzentrum Alte Aue, € 700,-. Der SV Sparkasse Stockerau, Veranstaltung Copa Belay, Sommercamp 2025, € 900,-. UHC Handball Stockerau, internationales Frauenhandballturnier in Stockerau, International Youth Handball League Turnier, € 900,-. ASV 2000, zweites internationales Stockerau Wichtelschwimmen, € 900,-. Gymnastikakademie, Teilnahme an internationalen Wettkämpfen, € 900,-. Der Judo-Club Stockerau, U18-Qualifizierungsmaßnahmen, Trainingslager Matrei, Landestrainingslager Pinkafeld, € 700,-. Der Schützenverein 1602 Stockerau, Ausbau der Kleinkaliberstände, € 1.250,-. Und die Sportunion Stockerau für Holiday-Action-Days, € 1.250,-. Ergibt eine Gesamtzahlung von € 7.700,-. Im Falle der Genehmigung einer Projektförderung gelangt diese gemäß § 9 der Richtlinie für Sport erst nach Erklärung etwaiger offener Forderung zur Auszahlung im Anlassfall wird die Förderung mit Außenständen gegen verrechnet. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, danke

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

9. Basisförderung 2025

Scheele: Sportbasisförderung 2025. Im Sinne der Richtlinien für Sportförderungen haben einige Sportvereine um eine Basisförderung für das Jahr 2025 angesucht. Der Gemeinderatsausschuss Sport und Freizeit empfiehlt einstimmig folgende Basisförderung 2025 für die angeführten Vereine zu beschließen. Die Auszahlung erfolgt im Jahr 2026 nach Vorlage eines Tätigkeitsberichts. Die im Rechenmodell angeführten Beiträge unter € 200,- sollen auf € 200,- aufgerundet werden.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Gewährung der Sportbasisförderungen den angeführten Vereinen für das Jahr 2025, wobei die Auszahlung im Jahr 2026 erfolgt nach Vorlage eines Tätigkeitsberichts zu genehmigen. Ich ersuche mich von der Verlesung zu entbinden, die Gesamtsumme beträgt € 100.822,-. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Bitte, eine Wortmeldung.

M. Pfeiler: Ja, eine Bitte. Wir haben jetzt eben zweimal über die Sportvereine geredet. Ich trete mit der Bitte an Sie heran, dass wir wie in der letzten Periode wieder die Sportvereine zu uns in den Ausschuss einladen, beziehungsweise wir die Sportvereine auch besuchen, je nach Möglichkeit. Danke.

Völkl: Dann stimmen wir ab. Bitte um ein Zeichen der Zustimmung für die Sportförderung. Einstimmigkeit, danke.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

10. Tarifanpassung Erholungszentrum

Scheele: Anpassung Tariferholungszentrum. Die Tarife für das Erholungszentrum wurden zuletzt im Dezember 2023 neu festgelegt, um den gestiegenen Personal-, Energie-, Zins- und Materialkosten seither Rechnung zu tragen und die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Der Abgang bei der

Rücklautrechnungsabschluss 2024, € 1.266.729,- sollen die Tarife um mehr oder weniger 20 % angehoben werden. Zudem wird für Kinder unter sechs Jahren ein Tarif von € 2,- festgelegt. Neben den bisher schon geltenden ermäßigten Tarifen für Pensionisten, Lehrlinge, Studenten bis zum vollendeten 25. Lebensjahr, Präsenz- und Zivildiener, Invalide mit gültigem Ausweis und Begleitpersonen für Menschen mit Behinderung gilt zukünftig ein Nachlass für alle Saison- und Jahreseintritte, gilt nicht für Kaution, in Höhe von 10 % bei Bezahlung mit der Stockerau Card. Des Weiteren sind Ermäßigungen nicht mit weiteren Rabatten bzw. Rabatte nicht zueinander kombinierbar, z.B. Familienpass. Es wird jeweils die höchstmögliche Rabattermäßigung einmalig gewährt. Der beiliegende neue Tarif soll für das Hallenbad und die Sauna ab dem 01.01.2026, für das Freibad ab der Saison 2026 und für den Eislaufplatz ab der Saison 2025-2026 gültig sein. Die Tarife sind in der Folge jährlich ab 2026 nach dem Verbraucherpreisindex 2020 anzupassen, um große Tarifsprünge in der Zukunft hintanzuhalten. Dabei sollen Einzeltarife auf jeweils 10 Cent und Mehrtagestarife auf den nächsten vollen Euro kaufmännisch aufgerundet werden. Als Bezugszeitraum soll jeweils Oktober erstmalig mit Oktober 2026 im Vergleich zum Vorjahr herangezogen werden. Die jeweils an den Verbraucherpreisindex angepassten Tarife gelten für den Eislaufplatz mit Saisonbeginn, für das Hallenbad ab 01.01. des Folgejahres sowie Freibad mit Saisonbeginn des Folgejahres. Das Anliegen wurde im zuständigen Ausschuss behandelt und mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, der neue Tarif für das Erholungszentrum laut Beilage zum Amtsbericht mit Wirkung zum 01.01.2026 für das Hallenbad und die Sauna, für die Saison 2026 für das Freibad und für die Saison 2025-2026 für den Eislaufplatz sowie die jährliche Valorisierung wird genehmigt. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Völkl: Wortmeldungen, Herr Gemeinderat Fischer, Frau Gemeinderätin Steuer.

Steuer: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Zuhörer hier im Saal und online. Die Tarife vom Erholungszentrum Stockerau sollen heute durchschnittlich um 20% angehoben werden. Hier fehlt mir zur Entscheidungsfindung erstens einmal im Amtsbericht die derzeitigen gültigen Tarife, beziehungsweise möchte ich anregen, dass generell bei Erhöhung eine Aufstellungsberechnung vorgenommen werden sollte, welche belegt, wie viel unter dem Strich nach der Erhöhung in Summe zu erwarten ist. Ich denke, dass der Abgang von € 1.266.000,- beim Erholungszentrum auch durch diese Tariferhöhung nicht deutlich geschmälert werden kann. Es geht hier um einen Ort der Erholung. Weiters trifft diese Erhöhung eine Bevölkerungsschicht, welche keinen Garten beziehungsweise Pool haben. Dadurch wird es von der UBS keine Zustimmung geben. Danke.

Fischer: Das Erholungszentrum hatte 2024 einen Abgang von über € 1.200.000,- eine schlechte Sommersaison war es 2025 noch dazu und die Gastronomie ist heuer auch noch ausgefallen, so weit so schlecht. Eine Erhöhung der Gebühren ist dringend geboten. Dazu eine Frage, das wird sich ja jemand durchgerechnet haben: Mit welchem Abgang wird für das Jahr 2026 gerechnet? Gibt es inzwischen so etwas wie einen Businessplan für das Erholungszentrum? Um die Wirksamkeit der Erhöhung zu beurteilen wird ein Monitoring notwendig sein.

Zusatzantrag

Ich stelle daher einen Zusatzantrag: Dem Gemeinderat ist bis zum 30. April 2026 und sodann halbjährlich über den Stand von Einnahmen und Ausgaben und den zu erwartenden Abgang des Erholungszentrums zu berichten. Danke.

Völkl: Dankeschön.

Dummer: Das werden wir schon in der nächsten Gemeinderatssitzung haben, beim Voranschlag, weil da ist ja auch drinnen, mit welchen Abgängen wir rechnen. Also das ist eingepreist im Voranschlag und im Voranschlag dann auch schon ersichtlich, mit wie viel wir da rechnen. Das

Wetter können wir nicht vorhersehen, aber wie sich diese Erhöhung auswirkt, das haben wir sehr wohl berechnet.

Völkl: Gemeinderat Kubat, bitte. Und der Herr Gemeinderat Corkovic, ja.

Kubat: Ich schließe mich einmal meiner Vorrednerin, der Frau Gemeinderätin Steuer an. Das Freibad ist auch eine soziale Einrichtung und solche Einrichtungen machen ein Defizit. Das wird nie ein Nullsummenspiel. Trotzdem muss man sicherlich auch schauen, dass dieses Defizit geringer wird, weil es geht ja da auch um öffentliche Gelder, das ist auch keine Frage. Ob man das nur einnahmenseitig machen kann, wage ich sehr stark zu bezweifeln. In Wirklichkeit muss man so ein Freibad und so eine Einrichtung auch so sehen, dass sie von einer Gemeinde alleine nicht mehr gestemmt werden kann. Der Prüfungsausschuss, das sage ich jetzt nicht als Vorsitzender, sondern als GRÜNER Gemeinderat, hat sich ja einmal das Erholungszentrum angeschaut und festgestellt und die Empfehlung ausgegeben an den Finanzausschuss, dass man mit den Umlandgemeinden, die ja auch von unserem Freibad profitieren, ihre Bevölkerung, reden soll und in Verhandlungen kommen soll, ob sie auch finanzielle Zuwendungen für diese Einrichtung machen werden. Man muss so herangehen, dass man da nur schaut, dass man wieder Einnahmen erhöht, damit die Kosten wieder irgendwie eingefangen werden können. Das ist eine Jagd, wo man niemals aufholen wird können. Da muss man wirklich auch schauen, okay, wo kann man noch vielleicht effizienter arbeiten. Bei den Einnahmen eben mit anderen Gemeinden reden. Andere Gemeinden, die Freibäder oder Bäder haben, schießen Umlandgemeinden zu. Also das ist ja jetzt nichts Neues, aber diese einfache Milchmädchenrechnung, ich erhöhe da die Einnahmen und die Kunden zahlen es und dann ist schon wieder alles gut mit den Kosten. So einfach wird das nicht funktionieren.

Dummer: Ja, da zahlen natürlich auch die, die aus den Umlandgemeinden, dann das Bad frequentieren und das ist sehr wohl überlegt oder mitbedacht, zahlen da natürlich dann auch mit. Umgekehrt ist es eher illusorisch, dass man erwartet, dass in den eher schwierigen Budgetjahren die Umlandgemeinden für das Erholungszentrum in der Stadt Stockerau irgendwelche Beiträge leisten werden. Wo endet das dann? Könnte dann auch die Nachbargemeinde sagen, ja zu mir kommen die Leute aus Stockerau am Michelberg spazieren gehen, also sollen die für die Wegerhaltung bezahlen. Und so geht es dann hin und her. Am Ende kommt wahrscheinlich nichts raus. Also es ist nicht praktikabel, wünschenswert, haben wir ja auf der Liste gehabt da, wäre wünschenswert, wenn die Einrichtungen der Stadt Stockerau von den Umlandgemeinden mitfinanziert werden, halte ich aber nicht für praxisnah. In der derzeitigen Situation überhaupt nicht. Aber ja, es kommt ja Weihnachten, also wünschen darf man sich was.

Völkl: Herr Gemeinderat Corkovic, bitte.

Corkovic: Ja, guten Abend Frau Bürgermeister, werte Kollegen und Zuhörer. Ich finde es sehr schade, dass wir wieder ein soziales Thema, der Art. Ich weiß, wie das schwer war das zum Ausarbeiten damals, danke nochmal dafür, dass wir damals das von 0 bis 6 für die Kinder befreit haben. Jetzt, drei Jahre später, sind wir wieder dort, wo wir eigentlich sein sollten, dass wir wieder darüber reden, dass wir es wieder befreien oder so bleiben lassen. Aber leider muss ich halt, also wir von den Freiheitlichen werden diesen Antrag natürlich nicht, wir werden dagegen stimmen, weil gerade in schwierigen Zeiten, ich wiederhole mich oft und immer das gleiche Wort eigentlich, es sind schwierige Zeiten und jeder hat nicht ein Pool daheim und jeder wohnt nicht in einem Einfamilienhaus. Es gibt genug Leute in Stockerau, die in einer Wohnung leben, die haben halt nicht die Möglichkeit, dass sie aus der Terrasse dann gleich in den Pool springen. Und ich glaube, gerade für Sozialschwache sollte man ein Zeichen setzen, wir reden da dauernd über wir und gemeinsam und wir machen was und Ding, aber wir machen es nicht. Wir wollen da jetzt das Budget irgendwie Lücken füllen mit € 2,- für Kinder. Also wir sollten in sich gehen und bei der Abstimmung jetzt und wirklich jeder für sich selber darüber nachdenken, ob wir das Richtige tun. Danke.

Völkl: Herr Pfeiler.

D. Pfeiler: Ja, ich möchte, Gerhard, auf deine Replik ein bisschen eingehen, weil du sagst, das ist nicht praxisnah. Also aktuell kriege ich fast jeden Tag oder einmal in der Woche diverse E-Mails von diesem Kommunalberatungsinstitut. Die Gemeindekooperationen seien ein Schlüssel für die finanzielle Gesundung der Gemeinden. Also das ist nicht von mir, das ist das, was ich laufend hereinbekomme. Die Gemeinden sollen kooperieren bei verschiedenen Themen, um einfach da bei den Budgets sozusagen dämpfend zu wirken oder Lösungen aufzuzeigen. Also wie gesagt, wenn du sagst, das ist nicht praxisnah, ich kriege da laufend andere Informationen, in welche Richtung es gehen soll, dass eben die Gemeinden zusammenarbeiten und kooperieren sollen, um wirtschaftlich die Dinge stemmen zu können. Also ganz das andere, was du sagst. Und insofern möchte ich auch nochmal ein bisschen reflektieren, weil du gesagt hast, Weihnachten kommt bald, Wunsch ans Christkind und so weiter. Nein, es war kein Wunsch ans Christkind, es war eine Empfehlung des Prüfungsausschusses. Und warum ist es dann so schwierig, mit den Nachbargemeinden darüber zu reden? Leute, wir haben da ein Thema. Klar, Gerhard, Gott sei Dank, zahlen die Umlandgemeinden, auch wenn sie in unser Bad kommen, einen Eintritt. Aber den Abgang im Budget zahlen nur die Stockerauerinnen und Stockerauer. Also, weil du den Vergleich mit dem Michelberg bringst, welchen Abgang hat der Michelberg pro Jahr? Ich glaube keinen hohen Abgang. Also das ist einmal auf deine Replik auf die Empfehlung des Prüfungsausschusses. Das Zweite ist, dass ich mir dann im Detail noch einige Tarifregelungen angeschaut habe, die total unlogisch sind. Zum Beispiel, auf der Kunsteisbahn gibt es keinen Vormittagstarif, gibt es nur einen Ganztagestarif oder Nachmittagstarif. Sprich, wenn jetzt eine Familie am Samstagvormittag oder Sonntagvormittag Eislaufen gehen möchte, und das sind Gott sei Dank gar nicht wenige, gibt es dafür keinen Tarif. Das ist total unlogisch, weil im Freibad haben wir zum Beispiel einen Vormittagstarif bis 13 Uhr. Also, ich würde anregen, dass man hier auch auf der Kunsteisbahn einen Vormittagstarif bis 13 Uhr einführt. Dann bringe ich auch immer wieder das Thema Kurzzeit im Freibad. Es gibt den Kurzzeittarif ab 17 Uhr. Ich finde, in Zeiten, wo die Hitze teilweise unerträglich sein kann, würde ich es total wichtig finden, dass es einfach auch tagsüber für anderthalb Stunden einen Kurzzeittarif gibt. Wenn Leute in Stockerau eine längere Mittagspause haben, haben sie an besonders heißen Tagen eine Möglichkeit einfach im Freibad abzukühlen mit einem Kurzzeittarif, ohne dass man gleich einen Halbtagestarif kaufen muss. Ich glaube, das wäre einfach in Zeiten wie diesen mit 37, 38 Grad Hitze einfach angemessen und total wichtig. Dann die Freibadsaison, die wird gleich einmal verlegt von Anfang Mai auf Mitte Mai. Ich finde, wir sollten es formulieren, witterungsabhängig Anfang Mai bis Mitte September. Es ist immer so, man weiß es nie genau, ist es gleich auf Anfang Mai warm? Wir haben schon Anfang Mai-Tage über 30 Grad gehabt. Na, dann machen wir am 15. auf und Ende August machen wir sowieso zu, weil dann ist Schule und dann geht keiner mehr ins Freibad. Stimmt ja nicht, weil Mai und Juni haben wir auch offen, wo Schule ist. Also es ist nicht verständlich, warum das Freibad immer gleich mit Ende der Schulferien geschlossen werden muss. Ein bisschen kritisch sehe ich auch diesen starren VPI Mechanismus. Hat man jetzt gesehen, die Wirtschaftskammer ist ziemlich eingefahren damit. Ich glaube auch, dass es wichtig ist, regelmäßig die Tarife anzupassen, aber wir sollten nicht einen starren VPI-Mechanismus da einführen, sondern sollten uns einfach von Jahr zu Jahr anschauen, welche Tarife, wie kann man reagieren, und dann die entsprechenden Erhöhungen ansetzen. Ja und dann natürlich, was der Alen sagt, diese € 2,- für Kleinkinder, also das ist wirklich total überschießend und ist eigentlich eine Regelung, über die wir froh waren, dass sie gekommen ist, dass die Kleinkinder Gebühren befreit sind. Also da gibt es wirklich viele, viele Punkte. Darum komme ich jetzt zum Schluss.

Abänderungsantrag

Ich stelle den Antrag, dass wir diese Tarifordnung noch einmal in den Ausschuss rückverweisen. Da gibt es aber auch einige Punkte, die in dieser Tarifordnung für das Erholungszentrum wirklich zu überarbeiten wären. Dankeschön.

Dummer: Also, nur in der Kürze, die Kurzzeit-Tarife im Hallenbad sind administrierbar, weil es dort ein Drehkreuz gibt. Das ist natürlich im Freibad und am Eislaufplatz ein Vormittagstarif. Wer kontrolliert dann, ob der auch rausgeht zum Mittag? Wer kontrolliert im Freibad, ob der nach 2 Stunden rausgeht? Das ist halt einfach nicht administrierbar. Das ist unsinnig. Das ist auch nur eine Tarifanpassung und keine Tarifreform. War im Ausschuss auch kein Thema, dass da irgendwer eine

Tarifreform gewünscht hat. Also kann man bei der nächsten Erhöhung vielleicht berücksichtigen, falls das gewünscht wird. Aber im Prinzip haben wir den Tarif ja reformiert. Der war ja sehr viel komplexer und komplizierter. Bei der letzten Anpassung im 23 Jahr, wenn ich mich recht erinnere, haben wir die Tarife ja vereinfacht. Und es gibt ja nach wie vor, speziell für die, die das intensiver nutzen, zusätzlich jetzt die Möglichkeit, wenn sie mit der Stockerau Card bezahlen, die Saison- und Jahreskartenermäßigung zu kriegen von 10%. Das mildert die Erhöhung natürlich ab, für die, die es öfter nutzen. Für die, die es eher einmalig nutzen, sind es halt € 9,- Eintrittsgebühr jetzt im Freibad. Ich glaube, dass es durchaus angemessen ist. Im Umfeld, so wie es halt jetzt da ist, ist nicht die Welt. Der Pool zuhause kostet wahrscheinlich mehr als eine andere Zielgruppe. Wir stehen dazu, dass wir so eine Einrichtung erhalten, wenden auch nicht unwesentlich Steuergelder dafür auf. Und Kooperation hast du vielleicht falsch verstanden in diesen ganzen Aussendungen. Da geht es darum, dass man Aufgaben gemeinsam wahrnimmt, Personal reduziert, Kosten reduziert, indem man halt sagt, man macht gewisse Leistungen für fünf Gemeinden, aber nicht, dass einfach die Gemeinden an den Einrichtungen der anderen Gemeinden mitzahlen. Das hat mit Kooperation nichts zu tun. Und das wäre umgekehrt genauso, wenn jetzt irgendeine andere Stadt zu uns kommt und sagt, wir sollen irgendeine Einrichtung von ihr mitfinanzieren, dann würden wir wahrscheinlich sagen, dann sperrt es zu. Wir brauchen das nicht. Also ein bisschen sollte man uns auch in der Realität bewegen und nicht im reinen Wunschdenken.

Völkl: Herr Vize Bürgermeister, bitte.

Falb: Ich wollte nur zum Vorschlag, die Öffnungszeiten, also aufsperren im Mai wann, aufsperren im September wann, je nach Wetterlage. Da wollte ich nur als fürs Personal verantwortlicher Stadtrat sagen, das ist halt wahnsinnig schwer umzusetzen, weil der Personaleinsatz natürlich so flexibel wiederum zu mehr Kosten führt. Also ich glaube, dass der jetzt gestartete Versuch einer Änderung ein legitimer und guter Versuch ist. Und diese Flexibelgestaltung, ja, Übermorgen ist schön, pfeifen wir alle zusammen, holen wir es vielleicht aus dem Urlaub oder lassen wir es länger schön. Ich darf erst 14 Tage später in Urlaub gehen. Das ist auch sehr, sehr praxisfern. Also das muss ich schon ehrlicherweise sagen. Danke.

Völkl: Dankeschön. Es gibt drei Wortmeldungen, der Herr Stadtrat Rosenberger, der Herr Gemeinderat Kubat, der Herr Stadtrat Pfeiler.

Rosenberger: Gut, dann fang ich an. Zu den Freibädern, ja, dass die Freibäder natürlich kostenmäßig eine wirkliche Herausforderung sind, das haben wir in der SPÖ natürlich auch erkannt, klar. Es hat dazu, und ich möchte nur ganz kurz replizieren, es hat dazu Anfang des Sommers auch einen Antrag der SPÖ im Land gegeben, dass der sich eben damit beschäftigt hat. Da haben wir gesagt, dass das Land, oder da wollte die SPÖ Niederösterreich, dass das Land sich auch beteiligt an den Bädern unter dem Antrag Freibäder retten. Das Land und die Koalition im Land hat das halt anders gesehen. Man will da nicht mitzahlen. Letztendlich bleibt es somit bei uns in der Kommune hängen und ja, dass wir da was tun müssen und auch tun wollen. Und auch letztendlich, ja, wir haben einen Riesenabgang, aber es muss auch klar sein, dass auch die Freizeit etwas kostet. Und ja, wenn ich es im Bad verbringe, ja, auch das kostet was. Es ist bei weitem nicht kostentragend und kostendeckend. Von dem muss man sich eh verabschieden. Das haben auch, glaube ich, so ziemlich alle erkannt. Und ja, es wäre halt schön, wenn das Land auch mitzahlen würde, genauso wie die Umlandgemeinden. Im Moment, glaube ich, können wir uns eher davon verabschieden. Dankeschön.

Kubat: Ich stimme deswegen gegen den Antrag, weil der Gemeinderat Corkovic wie auch die Gemeinderätin Steuer haben das schon gesagt. Ich möchte das doch ein bisschen klarer und deutlicher formulieren. Besonders trifft die Erhöhung die sozial Schwächeren. Und die sind eh schon so unter Druck. Durch die Lebensmittelpreissteigerungen, durch die Mietpreissteigerungen und, und, und. Und jetzt erhöhen wir ihnen auch noch dort, wo sie ein bisschen Erholung finden können und ein kühles Nass finden können im Sommer, den Ort, wo sie eine Ausflucht haben. Und ich finde es nicht richtig. Ich finde es falsch, dass man jetzt wieder auf den Rücken der sozial Schwächeren

irgendwie versucht, Einnahmen zu lukrieren, dass sie uns das Freibad sanieren. Das geht so nicht. Da muss man neu denken. Da muss man anders denken. Aber dass man die, die eh schon so viel zu schultern haben, noch mehr weiter belastet. Das finde ich falsch. Und ich bin da etwas schockiert, dass da eine Sozialdemokratie mitmacht.

Völkl: Ich bin zerknirscht wie vorher. Es gibt zwei Wortmeldungen. Ich möchte das jetzt nur sagen, weil Herr Gemeinderat Kubat, ich weiß nicht wie oft du im Bad bist. Oft? Nicht oft? Gar nicht? Es spielt keine Rolle. Mit meinen Enkelkindern bin ich oft im Bad. Und da kann ich sagen, das Bad ist jetzt eher, weil es gibt sehr viele Familien, die im Umfeld, entweder bei den Großeltern oder selber, wo es ein Pool zu Hause gibt. Und die Kinder gehen ins Bad, damit sie sich treffen und gemeinsam spielen. Und auch die Mütter mit den kleinen Kindern. Das ist eher, dass man gesellig hier die Freizeitanlage Erholungszentrum nutzt. Also das jetzt wirklich so zu drehen, wie wenn wir alle arm wären und uns nichts leisten können, ist ein bisschen eine Schieflage.

Falb: Ich wollte auch, weil eigentlich habe ich mir vorgenommen, dazu nichts mehr zu sagen. Aber das Wort zerknirscht wieder. Und weil der Gemeinderat Kubat hier immer wieder sich und auch in dieser Debatte, man kann natürlich auf die sozialen Aspekte so einer Maßnahme hinweisen, aber sich hier permanent als moralische Instanz aufzuspielen und zugleich zu sagen, zu Sitzungsbeginn, ich bin zerknirscht, dass nicht Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Stadtgemeinde verurteilt werden gerichtlich. Ich bin zerknirscht, dass politische Gegner nicht verurteilt werden von einem Strafgericht. Der hat meiner Meinung nach kein Recht, sich hier permanent als moralische Instanz aufzuspielen. Danke.

Völkl: Bitte Herr Stadtrat und der Herr Gemeinderat auch noch einmal.

D. Pfeiler: Ja, Gerhard, weil du gesagt hast, im Hallenbad gibt es eben dieses Drehkreuz, wo man die Zeit kontrolliert. Das gibt es im Freibad nicht. Und darum kann man da jetzt keinen Vormittagstarif auf der Kunsteisbahn machen. Aber im Freibad, wo wir auch kein Drehkreuz haben, wie du ja festgestellt hast, haben wir den Vormittagstarif bis 13 Uhr. Also ich würde wirklich appellieren, dass man da bei der Kunsteisbahn auch diesen Vormittagstarif schafft, weil wir die gleichen Kontrollvoraussetzungen wie im Freibad haben. Also da gibt es überhaupt keinen Grund, keinen Vormittagstarif bis 13 Uhr. Bitte, wer geht von neun in der Früh bis fünf am Nachmittag eislaufen? Vielleicht gibt es den oder die. Da war ich vielleicht dabei, wie ich 16 Jahre alt war oder 14. Aber ich habe sonst kaum noch jemanden gesehen, der den ganzen Tag auf der Kunsteisbahn ist. Also das ist sowieso ein theoretischer Tarif. Und da sollte man, glaube ich, schon entsprechend nutzerorientiert sein und am Vormittag auch diese Möglichkeit des Halbtagstarifs einräumen. Und dann noch zu der Erhöhung 20%. Also sozialer Aspekt ist eh alles gesagt. Nur eines muss man schon auch betrachten. Wenn wir jetzt alle weiter erhöhen, da um 20%, da um so viel Prozent, wie man dann in Österreich von der großen Inflation wieder irgendwann einmal runterkommen will, das sehe ich noch nicht, wenn alle jetzt einfach schrittweise die Preise erhöhen. Also das ist für mich noch die große Frage, wie man dann irgendwann wieder einmal in die Gegend von 2% kommt, die Ende 2024 oder im zweiten Halbjahr 2024 schon erreicht war. Danke.

20:16 GR Richter verlässt die Sitzung

Völkl: Herr Gemeinderat Corkovic bitte.

Corkovic: Ich wollte jetzt nicht wieder auf den sozialen Aspekt zurückkommen, aber eines ist schon klar. Die Frage wurde jetzt gestellt, wie oft ist man im Freibad? Also ich persönlich bin sehr oft im Freibad, habe aber auch einen Pool, aber viele von euch habe ich noch nicht dort gesehen, die letzten Jahre. Man muss das Ganze ein bisschen spüren können. Politik ist ja nicht nur, sich schön anzuziehen und zu grinsen. Es ist da viel mehr und ich glaube man sollte wirklich in sich ein bisschen gehen und das auch ein bisschen mathematisch durchrechnen. Wenn jetzt eine Mutter mit ihrem 18-jährigen Kind ins Freibad geht, zahlt sie dann € 20,-, die muss was essen dort auch, weil sie kann nicht nur alles von daheim mitnehmen. Das sind über € 30,-, das ist nicht wenig Geld und das

ist glaube ich auch was, wo man nicht von sich selbst auf andere schließen kann. Man muss schon ein bisschen in die Leute reingehen und ein bisschen auch so denken, wie die der normale Arbeiter auch denkt. Das ist halt mein Appell an alle, die dasitzen. Danke.

Falb: Also, ich habe einen Garten, ich habe kein Pool, ich bin regelmäßiger Benutzer der Erholungseinrichtungen der Stadt Stockerau, aber wir brauchen uns doch hier wirklich nicht vorrechnen, wer wie oft und wie oft, Herr Kollege, du wen gesehen hast im Bad. Das war ja die Frage, die ihr gestellt habt.

Corkovic: Ihr habt mit der Frage angefangen. Die Frage wurde gestellt, wie oft ist der Herr Kubat im Freibad, das war einfach nur eine Antwort und jetzt habe ich eine Frage gestellt, wie oft ist aus unserem Gemeinderat wer dort, also das war jetzt überhaupt nicht irgendwas aus dem Hut gegriffen.

Völkl: Wir stimmen ab. Bitte um Zustimmung. Dann erst den Antrag vom Herrn Stadtrat Pfeiler, Rückverweisung in den Ausschuss. Wer da dafür ist, hebt die Hand jetzt bitte. Fraktion der FPÖ, Frau Gemeinderätin Steuer, Fraktion der Grünen. Gegenstimmen? Herr Gemeinderat Fischer, Fraktion der ÖVP, Fraktion der SPÖ.

Abstimmungsergebnis: **Mehrstimmig abgewiesen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	0	ÖVP	14	ÖVP	0
SPÖ	0	SPÖ	7	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	0	NEOS	1	NEOS	0

Völkl: Dann gibt es vom Herrn Gemeinderat Fischer nur einen Ergänzungsantrag. Bist du sie lieb und formulierst du den noch einmal?

20:20 GR Richter nimmt an der Sitzung wieder teil

Fischer: Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob geschäftsordnungskonform Zusatz oder Ergänzungsantrag richtig ist, Herr Vizepräsident Falb. Okay, ich formuliere jetzt einfach. Dem Gemeinderat ist bis zum 30. April 2026 und so dann halbjährlich über den Stand von Einnahmen und Ausgaben und den zu erwartenden Abgang des Erholungszentrums zu berichten.

Falb: Also mein Vorschlag wäre, weil du mich angesprochen hast, zuerst den Grundantrag abzustimmen und dann deinen Zusatzantrag.

Völkl: Dann um Abstimmung des Grundantrags, wie ihn der Herr Stadtrat Vizebürgermeister Scheele vorgetragen hat, bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Fraktion der ÖVP, der SPÖ und Herr Gemeinderat Fischer. Gegenstimmen? Fraktion der FPÖ und der Grünen und die Frau Gemeinderätin Steuer.

Abstimmungsergebnis: **Mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	0	FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	6	GRÜNE	0
UBS	0	UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

Völkl: Der Herr Gemeinderat Fischer hat einen Zusatzantrag gestellt und wenn ihr dem zustimmt, dann suche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Der Herr Gemeinderat Fischer, Frau Gemeinderätin Fless-Klinger, der Herr Gemeinderat Kubat, der Herr Gemeinderat Muth, Herr Stadtrat Pfeiler. Gegenstimmen? Fraktion der FPÖ, dann machen wir die Enthaltungen zuerst. Enthaltung, Herr Gemeinderat Kilic, Herr Gemeinderat Corkovic und der Herr Gemeinderat Kratschmer Herr Gemeinderat Pfeiler, Frau Gemeinderätin Steuer, Herr Gemeinderat Grim-Schlink Gegenstimmen? Die übrigen.

Abstimmungsergebnis: **Mehrstimmig abgewiesen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	0	ÖVP	14	ÖVP	0
SPÖ	0	SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	0	FPÖ	3	FPÖ	3 GR Kilic, GR Corkovic, GR Kratschmer
GRÜNE	3	GRÜNE	0	GRÜNE	3 GR Pfeiler, GR Grim-Schlink,
UBS	0	UBS	0	UBS	1
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

11. Tarifanpassung Belvedereschlössl und Lenausaal

Scheele: Ich komme zum letzten Tagesordnungspunkt, den ich zur Beschlussfassung präsentieren möchte. Betreff Tarifanpassung Belvedereschlössl und Lenausaal. Die bestehende Richtlinie für Sondertrauungen im Belvedereschlössl und Lenausaal sieht derzeit einen Mietpreis von € 375,- vor. Da der Mietpreis schon sehr lange nicht angepasst wurde, das Leistungsangebot zunehmend verbessert wurde und daher auch die Kosten gestiegen sind, ist der Mietpreis mit Wirksamkeit ab 01.01.2026 auf € 500,- inklusive Mehrwertsteuer zu erhöhen. Auch die Steuern und Kosten für die Absage des vorreservierten Objektes sind entsprechend zu adaptieren. Derzeit 25% bis vier Wochen vor dem vereinbarten Termin, danach 50 %. Künftig 50% bis sechs Wochen vor dem vereinbarten Termin, 75 % bis drei Wochen vor dem vereinbarten Termin, danach 100 %. Ebenfalls ist der verbesserte Leistungsumfang, Basispaket und Zusatzpaket in der Richtlinie auszuweisen.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt. Der Gemeinderat wolle nachfolgende Richtlinien für Sondertrauungen beschließen. Ich ersuche mich von der Verlesung zu entbinden und ersuche um Ihre Zustimmung.

20:23 GR Ibrahimi verlässt die Sitzung
20:23 GR Kilic verlässt die Sitzung
20:23 GR Kratschmer verlässt die Sitzung
20:23 GR Grabler-Fritz verlässt die Sitzung
20:23 GR Grim - Schlink verlässt die Sitzung

Völkl: Bitte um Zustimmung. Eine Wortmeldung, bitte.

Fischer: Ich habe nur zwei kurze Punkte. Bei der Reinigungspauschale wäre zu überlegen, eine Kaution vorzusehen. Das erhöht üblicherweise die Bereitschaft, Schäden zu vermeiden. Und ein Punkt, der mir aufgestoßen ist, die Beschränkung auf die Stockerauer Gastronomie ist unzulässig,

sowohl aus europarechtlichen Gründen als auch aus innerstaatlichen Gründen. Ich stelle daher den Zusatzantrag Punkt F erster Bullet Point der Richtlinie für Sondertrauungen ersatzlos zu streichen.

Völkl: Dann ändern wir den Antrag ab und verweisen diesen Punkt Gastronomie, nur durch Gastronomen der Stadt Stockerau, in den Ausschuss zurück und ansonsten würde ich ihn zur Abstimmung bringen, ausgenommen diesen einen Punkt. Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Noch eine Wortmeldung, Herr Stadtrat?

D. Pfeiler: Ich habe da jetzt eine Frage zum Vorgehen. Wenn dann der Ausschuss beschließt, dass das zu streichen ist, beschließen wir dann noch einmal diese Richtlinie neu oder wie tun wir dann? Rein vom Vorgehen ist mir das jetzt nicht ganz klar.
Völkl: Den einen Punkt würden wir dann neu beschließen.

D. Pfeiler: Okay, Dankeschön.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	13	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	3	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

12. Beschlussfassung Klimaneutralitätsfahrplan

Hödl: Herzlichen Dank. Noch einmal schönen guten Abend von meiner Seite. Über Initiative von GR A.D. Siegfried Gaida hat der Gemeinderat in der Sitzung vom 26.6.2024 beschlossen, am von der Forschungsförderungsgesellschaft ausgeschriebenen Projekt „Mission Klimaneutrale Stadt – Pionierstadt“ teilzunehmen. Im Rahmen dieses Projekts hat sich die Gemeinde dazu bekannt, einen ganzheitlichen Klimaneutralitätsfahrplan zu entwickeln. Der Klimaneutralitätsfahrplan solle Umsetzungs-, Kapazitäts- und Strukturplänen enthalten und in weiterer Folge bindend beschlossen werden. Es liegen arbeitsreiche Monate hinter uns. Auch wenn die Firma ConPlusUltra als externe Projektbetreuerin viel Arbeit geleistet hat, so waren auch die Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung gefordert ihren Input zu leisten. Viel Zeit investiert hat auch GR a.D. Siegfried Gaida, der nicht nur die ConPlusUltra und die Stadtverwaltung koordiniert, sondern auch das Stakeholdermanagement höchst aktiv betrieben hat. An dieser Stelle mein großer Dank an den Siegfried Gaida, an die Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung, an die Mitarbeiter von ConPlusUltra und an dich Gaby, wo du am Workshop auch intensiv teilgenommen hast und dich da eingebracht hast. Danke an alle, die da aktiv waren. Der Klimaneutralitätsfahrplan hat vier Handlungsfelder, nämlich Mobilität und Verkehr, stationäre Energie, Abfall und ein Handlungsfeld Klimawandelanpassung, Planung und Governance. Und dieser Klimaneutralitätsfahrplan beruht im Grunde genommen, oder sehr wesentlich auch auf dem 28 Punkte Maßnahmenpaket Klimaschutz Stockerau, den wir auch schon beschlossen haben. Was sich gezeigt hat in den Arbeiten ist, dass das Hauptreduktionspotential beim Verkehr angesiedelt ist, wobei von den Verkehrsemissionen 20% nur inner Ort sind, während 89% des CO2 von der A22 kommen, wo wir in den vergangenen Jahren wiederholt versucht haben, ein Tempolimit durchzusetzen, das bei der zuständigen

Ministerin aber nicht erfolgreich gewesen ist. Das heißt, da wird es wesentliche Bemühungen geben, daran weiterzuarbeiten, um hier die Emissionen zu reduzieren. Vielleicht auch ein Ergänzender Hinweis, wir haben ja ein sehr großes Wasserkraftwerk, das zu wesentlichen Teilen auch auf Gemeindegebiet liegt. Da sieht es die Methodik ganz einfach nicht vor, diese CO2-Reduktion, diese erneuerbare Energie uns anzurechnen, sonst würden wir uns auch ein wenig leichter tun oder wesentlich leichter tun. Die Maßnahmen gegen den Klimawandel sind auch ein ganz klarer wirtschaftlicher Faktor. Die Frau Universitätsprofessorin Sigrid Stagl, die ich heuer zweimal hören habe dürfen, weist als Klimaökonomin immer darauf hin, dass die teuerste Variante ist nichts zu tun und je später wir handeln, desto teurer wird es. Der Klimawandel und dessen Folgen sind aber eben auch kein Thema oder nicht nur Thema einer politischen Bewegung von NGOs oder sonst irgendjemandem und deswegen habe ich von der Webseite der Münchner Rückversicherung, ihren Inhalt auf ihrer Webseite zum Thema Klimawandel und die Folgen in den Amtsbericht übernommen und darf zitieren wie folgt von der Webseite der Münchner Rückversicherung. Mehr Prävention ist zwingend. Zur Begrenzung der Schäden durch stärker werdende Naturkatastrophen sind Präventionsmaßnahmen dringend. Sie zahlen sich aus und wären auch ohne die Auswirkungen des Klimawandels sinnvoll, um Schäden zu vermeiden. Sie tragen zudem dazu bei, dass Versicherungen in einer wärmeren Welt mit stärkeren Naturkatastrophen möglich und bezahlbar bleiben. Der Klimawandel macht entschlossenes Handeln zwingend notwendig, um die Erderwärmung langfristig deutlich unter 2 Grad möglichst auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen globalen Temperaturniveau zu begrenzen. Dies ist auch das Ziel der Staatengemeinschaft und wurde so 2015 im Paris Agreement unter dem Dach der Vereinten Nationen festgeschrieben, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen. Diese führen neben direkten physischen Schäden aus Naturkatastrophen auch zu langfristigen Auswirkungen auf Landwirtschaft und Artenvielfalt. So die Münchner Rückversicherung, die weltgrößte Rückversicherungsgesellschaft. Eine Anmerkung der Klimaneutralitätsfahrplan ist ein Excel-Tool, weshalb auch in den Beilagen zum Amtsbericht nur die Präsentation, dabei ist die ConPlusUltra in der Ausschusssitzung vorgetragen hat, wo auch der Florian Stiebler von ConPlusUltra für alle Rückfragen zur Verfügung gestanden ist. Dieses Excel-Tool wird in weiterer Folge oder ist aktuell nicht nur im Teams-Kanal des Umweltausschusses hochgeladen, sondern wird dann auch veröffentlicht werden. Nur zum Thema, warum das nicht als Beilage ist, ja Excel-Tools bieten sich nicht günstig als Beilage an.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, der von ConPlusUltra FlexCo gemeinsam mit der Stadtgemeinde erarbeitete Klimaneutralitätsfahrplan wird, in Umsetzung des GR-Beschlusses vom 26.6.2024 beschlossen. Die Maßnahmen und Empfehlungen sind bei zukünftigen Entscheidungen zu berücksichtigen, der Klimaneutralitätsfahrplan ist zumindest jährlich zu evaluieren und es hat der Umweltstadtrat darüber zu berichten. Bei dem Inhalt des vorliegenden Beschlusses handelt es sich um eine Information von allgemeinem Interesse nach dem Informationsfreiheitsgesetz, die proaktiv zu veröffentlichen ist. Gemäß § 3 IFG obliegt die Veröffentlichung dieser Information dem Gemeinderat. Es stehen keine Geheimhaltungsgründe gemäß § 6 IFG der Veröffentlichung entgegen. Der Klimaneutralitätsfahrplan wird nach § 4 IFG im Bundesinformationsregister über data.gv.at veröffentlicht.

20:27 GR Kratschmer nimmt an der Sitzung wieder teil
20:27 GR Grim - Schlink nimmt an der Sitzung wieder teil
20:28 GR Kilic nimmt an der Sitzung wieder teil
20:34 GR Ibrahimi nimmt an der Sitzung wieder teil
20:34 GR Grabler-Fritz nimmt an der Sitzung wieder teil

Völkl: Wortmeldungen? Herr Stadtrat Pfeiler.

D. Pfeiler: Ja, danke für den Bericht. Also wo fange ich an? Klimaneutralitätsfahrplan, super. Wir haben wieder ein Konzept. Den Bericht und den Präsentationen dazu entnehme ich natürlich viele

wichtige und viele interessante Maßnahmen. In den letzten Jahren musste ich aber feststellen, dass die Realität, was die Bekämpfung des Klimawandels oder die Klimawandelanpassung betrifft, einfach eine gänzlich andere Geschichten erzählt. Ich komme zum Beispiel gleich zu dem Kollegen Sigi Gaida, der jetzt gerade hochgelobt wurde. Der wäre als Energiegemeinderat sechs Jahre lang dafür zuständig gewesen, sich um die Energiebuchhaltung zu kümmern. Jetzt ist es natürlich viel einfacher, in das Konzept Klimaneutralitätsfahrplan die Etablierung der Energiebuchhaltung hineinzuschreiben, nachdem er sich sechs Jahre nicht darum gekümmert hat, als Energiegemeinderat. Ich habe auch damals angeboten, dabei zu unterstützen, diese Energiebuchhaltung zu erstellen. Das war nicht gewünscht. Okay, soll sein. Faktisch kümmere ich mich jetzt gemeinsam mit dem Bauamt darum, diese Energiebuchhaltung aufzustellen. Ich möchte mich an der Stelle auch bedanken bei der Unterstützung in der Verwaltung, die das zu stemmen hat von den Ressourcen her. Der Sigi schreibt es halt in ein Konzept hinein. Ich mache es halt dann, diese Energiebuchhaltung. Kühle Stadt, Klimawandelanpassung. Also wenn ich mir diverse Straßenumbauten in Stockerau anschaue, wo bleibt da die kühle Stadt, wo bleibt da die Klimawandelanpassung? Ich sage jetzt nur Rösch Straße, mehr sage ich gar nicht. Elektrifizierung Gemeinde Fuhrpark. Wir haben einige E-Fahrzeuge angeschafft, aber an einigen Stellen war es komplett unverständlich, wieder Verbrennerfahrzeuge anzuschaffen. Und als ich dann mit Angeboten kam, dass die E sogar günstiger waren, ist mir dann so sinngemäß ausgerichtet worden, was mischst du dich da ein? Also das ist halt dann die gelebte Realität. Insofern ist es für mich die Frage oder die Befürchtung, dass wir da wieder eine Mogelpackung bekommen. Wir beschließen etwas. Vielleicht wird wenig oder kaum was umgesetzt. Es ist ein bisschen wie Pippi Langstrumpf. Ich male mir die Welt, wie sie mir gefällt. Man hat so einen Klimaneutralitätsfahrplan, super. Wie es dahinter weitergeht, ist komplett offen. Du hast gesprochen von Umsetzungskapazität. Ja genau, die wäre jetzt auch notwendig, dass in die Gänge zu bringen, das Thema. Aber genau die Umsetzungsfolgeprojekte haben wir nicht eingereicht, weil wir weder Ressourcen finanzieller oder personeller Hinsicht dafür haben. Also ich bin dann gespannt, wie ohne Ressourcen die Umsetzung ausschaut. Ich kann auch nicht nachvollziehen, warum wir uns auch nicht um Förderungen für diese Umsetzungskapazitäten und Umsetzung Ressourcen bemüht haben. Aber wir wollen dem Klimaneutralitätsfahrplan natürlich eine Chance geben und werden dem natürlich zustimmen, aber wir werden das natürlich dann auch an seinen Taten messen. Und ihr werdet es ja im Verkehrsausschuss dann sehen, inwieweit dann die Zielsetzungen des Klimaneutralitätsfahrplans an die Realität, in den Planungen dann stoßen werden. Das wird dann eine ganz spannende Diskussion werden, auf die ich mich dann schon im Verkehrsausschuss freue. Also insofern sollte man dem Ding auch eine Chance geben. Und wir werden gerne darauf zurückkommen und würden uns freuen, wenn es keine Mogelpackung wäre. Dankeschön.

Hödl: Vielleicht noch ein paar Punkte. Danke für deine Wortmeldung. Wir haben 56% des CO2 aus dem Verkehr und da gilt es ganz einfach, aktive Mobilität zu fördern. Das haben wir in der letzten Periode sehr gut gemacht. Diese Förderung läuft weiter. Wir haben auch jetzt wieder die neuen Markierungen, wir haben die Schulwege gesichert. Also wenn ich den Verkehr, der jetzt mittlerweile dein Ressort ist, mir das Ressort anschaue, da ist viel geschehen in der letzten Periode. Wir haben in der Schießstadtgasse entsiegelt und dort auch den Bäumen mehr Raum gegeben. Wir haben die Rösch Straße und jeder, der mit dem Rad fährt oder jetzt noch auf der Südseite von der Rösch Straße fahren muss, weiß, wie dringend notwendig es gewesen ist, da diesen wichtigen Radverkehrsweg zu attraktiveren. Das ist geschehen. Wir haben viele, 41 oder 42 Bäume auch in der Rösch Straße gesetzt, um auch den Radfahrenden zukünftig Schatten bieten zu können, dass das mehr geschieht. Also es ist jetzt weder so, dass in der Vergangenheit nichts geschehen ist, noch, dass in der Zukunft was geschehen würde und es sei mir nur ein Punkt erlaubt, weil du heute wiederholt auf den Eislaufplatz hingewiesen hast, wo die neuen Tagesprognose der ZAMG an keinem einzigen Tag, nämlich auch in keiner einzigen Nacht, eine Prognose unter 0°C zeigt, sondern immer mehr als 4°C im Plus. Also es gibt schon auch Bereiche, die jetzt aus Umweltsicht, aus CO2-Emissionssicht, auch aus Kostensicht ein Thema wären. Aber da bist du blind, weil du mit 16 Jahren, wie wir gehört haben, den ganzen Tag am Eislaufplatz gewesen bist und dass ein persönliches Interesse von dir ist. Man muss sich alles anschauen. Es ist viel geschehen in der Vergangenheit. Der Verkehr ist ein ganz großes, ein wichtiges Thema. Da ist viel geschehen, da

wird auch noch viel geschehen. Wir müssen eigentlich schauen, dass man den Bahnhof entsprechend an die Radverbindungen anbindet. Auch da ist von der Ostseite her mit einer neuen Radwegverbindung im Bereich der EVN etwas Gutes geschehen. Das ist von der anderen Seite verhindert worden. Ja, es sind große Brocken, aber es ist vor allem auch nicht das Monopol der Grünen daran zu arbeiten, sondern es ist ein Interesse aller politischen Fraktionen, der Gesellschaft und der Wirtschaft. Danke.

Dummer: Wir haben da in der Vergangenheit in Richtung Klimaschutz wirklich sehr viel gemacht. Von den PV Anlagen, 1000 Stadtbäume haben wir gesetzt. Das ist 100 Mal schon berichtet worden. Wir haben ein Blockheizkraftwerk gemacht. Wir haben die viel kritisierte thermische Sanierung der Volksschule gemacht. Von den Grünen kritisierte, thermische Sanierung der Volksschule. Die anderen haben es eh mitgetragen. Wir haben bei den Gemeindewohnhäusern begonnen, diese thermisch zu sanieren und dort sparen wir bis zu 80 % Heizenergie ein. Also ich glaube, dass wir uns da nicht verstecken brauchen mit den Maßnahmen, die wir gemacht haben. Wir haben die Straßenbeleuchtung fast ergänzend auf LED umgestellt und und und. Der Energieverbrauch in der Stadt ist entsprechend gesunken. Wir haben viel in Elektromobilität investiert, investieren jetzt in ein elektrisches Müllfahrzeug. Also da zu sagen, wir haben nichts gemacht, nur weil die Energiebuchhaltung nicht gemacht worden ist, so wie es du willst. Wir haben eine Energiebuchhaltung, aber halt nicht so, wie es du gerne hast. Das an dem festzumachen, dass wir da nichts gemacht haben, ist irgendwie lächerlich denke ich. Bei der Fülle der Maßnahmen, die da gesetzt wurden. Auch in der Au sind wir bemüht, dass wir die Klima fit in die nächsten Generationen bringen. Nur bei jeder Maßnahme kriegen wir halt eine Anzeige, die einen Haufen Geld kostet. Weil es halt nicht so passiert, wie ihr das wollt. Und das ist halt verkehrt. Also es gibt halt auch Maßnahmen, die vielleicht nicht unbedingt nach eurer Diktatur gehen müssen. Und trotzdem sinnvoll sind und trotzdem zum Klimaschutz beitragen und trotzdem in unserer Stadt ist in die Richtung sehr viel investiert worden und sehr viel passiert. Das sollten wir auch sehen und anerkennen und nicht immer nur herumnörgeln.

Völkl: Dankeschön. Frau Gemeinderätin Fless-Klinger. Der Herr Stadtrat Pfeiler und der Herr Gemeinderat Fischer.

Fless-Klinger: Also ich möchte mich entschieden dagegen verwehren, dass wir eine Diktatur ausüben. Das wäre wahrscheinlich das erste Mal in einer Demokratie, dass die Opposition eine Diktatur ausüben kann. Ich habe das noch nicht erlebt, aber vielleicht erleben wir gerade in Stockerau etwas Neues. Ich hätte aber noch eine Frage zum Amtsbericht. Es steht eindeutig drin, dass eine jährliche Evaluierung stattfinden soll oder muss zu dem Klimafahrplan und ich wollte fragen, wer ist dafür zuständig und wer wird das durchführen und wird dann der Bericht, so wie hier im Amtsbericht gefordert, dann vom Umweltstadtrat eingebracht?

Hödl: So ist die Idee, ja.

Fless-Klinger: Und wer macht die Evaluierung?

Hödl: Es gibt dieses Excel-Tool das ja auch Berechnungen des Erreichungsgrades und dergleichen als Werkzeuge vorsieht und das werden wir abarbeiten. Wir müssen es jetzt einmal beschließen, also wie genau dann der Bericht ausschaut, aber der Bericht wird vom Umweltstadtrat kommen und Umwelt ist ja bekannter Maßen eine Querschnittsmaterie, das heißt, wir haben ja alle Themen, die da hineinspielen. Ich habe gesagt, es geht vom Sport über den Verkehr, über den innerstädtischen Grünraum, von mir aus über den Friedhof. Die Handlungsfelder sind beschrieben, wie es genau ausschaut, kann ich Ihnen jetzt noch nicht sagen.

Fless-Klinger: Also der Bericht ist die Zusammenfassung der Maßnahmen, die dann umgesetzt werden?

Hödl: Ja, von dem her eben auch im Hinblick auf das, was der Kollege Pfeiler gesagt hat, es ist nicht irgendein Konzept, sondern es ist etwas, über das jährlich zu berichten sein wird.

Fless-Klinger: Und dann habe ich noch eine Frage, es wurde jetzt gesagt, wie viel schon gemacht wurde, wahrscheinlich auch ohne Diktatur der Grünen. Tatsache ist aber, dass der Fahrplan ja eigentlich eine Vision für die Zukunft ist. Also das heißt, es werden auch zukünftige Maßnahmen gesetzt, die dann evaluiert werden, weil wir können uns jetzt nicht ausrasten, was wir schon gemacht haben. Der Fahrplan betrifft ja die Zukunft, also Maßnahmen in der Zukunft. Verstehe ich das richtig?

Hödl: Genauso ist es, das ist jetzt natürlich ein wenig das Thema, hätten wir noch nichts gemacht, würden wir uns leichter tun, da irgendwie vorwärts zu kommen. Es ist ja, ich habe es im Amtsbericht auch in der Einleitung geschrieben, wir haben ja auch im Regierungsübereinkommen die Klimaneutralität 2040 und wir steuern jetzt ganz einfach nicht planlos und kommen dann 2038 drauf, hoppala, in zwei Jahren ist was. Sondern das ist ganz einfach wirklich die Schaffung und zwar die professionelle Schaffung durch die ConPlusUltra, eines Werkzeugs, einer Richtschnur, die wir uns eben jedes Jahr anschauen müssen, auch öfters im Jahr anschauen müssen, auch öfters im Jahr anschauen werden. Aber wir haben ganz einfach eine recht gute Struktur, mit der wir weiterarbeiten. Ob dann alle Punkte, alle 42 Maßnahmen, in welcher Art und Weise wie erfolgreich die sind, das wird es dann zeigen, dass werden die nächsten Monate und Jahre zeigen.

Völkl: Herr Stadtrat Pfeiler, Herr Gemeinderat Fischer.

D. Pfeiler: Ja, da sind einige Dinge gefallen, die aufzuklären sind und klarzustellen sind. Also jetzt kenne ich mich schon langsam nicht mehr aus. Die Frau Bürgermeisterin sagt, ja wer geht eigentlich ins Freibad? Okay, und dann dürfen wir alle nur mal mitreden, die ins Freibad gehen bei den Tarifen. So, dann kriege ich drei Tagesordnungspunkte später, kriege ich vom Herrn Stadtrat Hödl vorgeworfen, dass ich Mitte der 80er-Jahre gerne am Eislaufplatz gegangen bin. Also ich weiß jetzt nicht mehr, Frau Bürgermeisterin, soll ich jetzt gehen oder soll ich nicht gehen? Sag es mir bitte. Ich glaube, ich kann kaum was richtig machen bei euch. Also das ist mir der eine Punkt. Außerdem hat es Mitte der 80er-Jahre noch andere Temperaturen gegeben. Gut, und außerdem haben wir heute unter den Tarifen Kunsteisbahnen nicht darüber gesprochen, ob wir die Kunsteisbahnen einstellen oder nicht, sondern ich habe nur darüber gesprochen, welche Tarife wir anwenden, wenn sie geöffnet ist. Das sind zwar völlig unterschiedliche Dinge. Sinnvolle Tarife für etwas zu machen oder etwas anzubieten oder nicht. Also man verzeihe mir bitte, dass ich die Gemeindeeinrichtungen auch nutze und bitte darum entsprechende Nachsicht.

Koll: Wären Sie eher dafür, die einzustellen?

D. Pfeiler: Das ist jetzt nicht das Thema da, ja. Nein, mir ist vorgeworfen worden, dass ich die Kunsteisbahnen gerne nutze.

Völkl: Also ich weiß nicht, was jetzt das Thema da ist.

D. Pfeiler: Gut, dann das Zweite ist, das sage ich ja gerade, ich weiß nicht, ob ich jetzt Gemeindeeinrichtungen nutzen darf, soll oder nicht. Ich werde mich da zukünftig vorab fragen. Oh ja, es wurde mir ja vorgeworfen, du hast gefragt, wer geht ins Freibad und der Herwig hat mir vorgeworfen, dass ich auf die Kunsteisbahnen eislaufen gehe, wenn sie offen ist. So, dann komme ich zum Thema Energiebuchhaltung. Gerhard, falsch. Es geht nicht um eine Energiebuchhaltung, wie es ich will, sondern es geht um eine Energiebuchhaltung, wie es das Niederösterreichische Energieeffizienzgesetz vorsieht. Da steht es genau drinnen, was da zu berichten ist oder an Daten einzupflegen ist in der Energiebuchhaltung. Das habe nicht ich mir ausgedacht, dieses Gesetz, das ist in St. Pölten beschlossen worden. Also das ist nicht irgendwie, dass ich mir was einbilde, wie was sein soll, sondern das steht halt im Gesetz so. Dankenswerterweise, ich habe es eh schon gesagt, das Bauamt unterstützt da wunderbar und wie es gemacht wird, dafür gibt es EDV-Tools, die auch nicht ich programmiert habe, sondern die halt von Siemens oder sonstigen

Softwareanbietern angeboten werden. Nicht mehr und nicht weniger möchte ich dahaben. Und dann ist noch etwas Interessantes. Also okay, gut, wir haben angezeigt oder irgendwer hat halt angezeigt, ja gut, aber mit dem Anzeigen seid ihr auch nicht so zimperlich. Also auf Bundesebene, weil heute schon über die Frau Bundesministerin.

Völkl: Können wir bitte auf den Tagesordnungspunkt zurückkommen. So lange über nichts reden, dass geht ja nicht.

D. Pfeiler: Doch, es war die Aussage, dass man Energiebuchhaltung so will, wie es ich will, wie es der Herr Pfeiler will. Nein, es geht um eine ganz normale Energiebuchhaltung, so wie es alle Gemeinden machen. Und weil die Frau Bundesministerin angesprochen wurde, dass die nichts gemacht hat, also die hat sich bemüht um die Renaturierungsverordnung auf EU-Ebene, was eine ganz wichtige Maßnahme zur Klimawandelanpassung ist und zur Stärkung der Resilienz unseres Naturraumes. Und die ist von euch angezeigt worden. Also steht eins zu eins. Danke.

Völkl: Also ich weiß, Herr Stadtrat Pfeiler, das ist jetzt alles ein bisschen sehr verworren gewesen. Bitte, wer hat noch eine Wortmeldung?

Koll: Was sollen sich die Leute denken, die das im Fernsehen sehen?

Völkl: Ja, ehrlich. Wer ist noch dran mit Reden? Bitte, Herr Gemeinderat Fischer.

Fischer: Vorab eine Bitte an den Herrn Bayerl, beim nächsten Mal ein zusätzliches Mikrofon auf der Seite. Werde ich gehört? Herr Bayerl, vielleicht bei der nächsten Sitzung ein zusätzliches Mikrofon. Es ist ein bisschen schwierig da. Also grundsätzlich einmal tolle Arbeit, herzlichen Dank an die Verantwortlichen, einschließlich den Sigi Gaida, der da wirklich sehr viel Herzblut hineingesteckt hat. Ich möchte trotzdem noch einmal ganz kurz auf die Wortmeldung von der Frau Kollegin Fless-Klinger zurückkommen. Es stellt sich trotzdem jetzt die Frage, wie geht es weiter bei aller Euphorie? Ich habe zu viele tolle Konzepte erlebt, die in Umsetzung daran gescheitert sind, dass auf Beamtenebene in der Stadt keiner dafür zuständig war, dass keiner das Projekt in die Hand genommen hat und daran gearbeitet hat, weil alle ihren eigenen Aufgaben nachgehen mussten. Wer setzt unseren Fahrplan zur Klimaneutralität in die Praxis um? Die Stadträte werden das nicht sein, weil, Herr Stadtrat Hödl, du hast es genannt, Sport und Freizeit, Umwelt, Straßen und so weiter, die Stadträte machen nicht die Beamtenarbeit. Wir haben einen Bereichsleiter für Bau, Infrastruktur und Umwelt, in dessen Ressort wird es theoretisch fallen. Der ist aber gleichzeitig Leiter des Bauamtes und hat dort unzählige Aufgaben. Gerade wenn ich mir die heutigen Amtsberichte anschaue, ich glaube, der Großteil von denen stammt aus seiner Abteilung. An einem hat er gestern Abend noch geschrieben. Ich möchte gar nicht wissen, wie lange die Nacht rein. Eine eigene Umweltabteilung, werden Sie vielleicht manche erinnern, hatten wir mal. Haben wir abgeschafft. Die restlichen Aufgaben sind irgendwie zum Bürgerservice gerutscht. Bekommen wir in der Stadt irgendwo neue MitarbeiterInnen oder Mitarbeiter, die sich um den Fahrplan kümmern werden, die konkret die Umsetzung anpacken? Oder hat eben jemand in der Stadtverwaltung ausreichend freie Kapazität, dass er oder sie den Fahrplan umsetzen kann? Das ist so meine Sorge. Wie gesagt, ich habe zu viele Konzepte gesehen, die daran gescheitert sind, dass sich keiner umgesetzt hat. Und damit das nicht passiert, schlage ich vor, den Berichtszeitraum auf sechs Monate zu reduzieren. Und wirklich, dass wir alle halben Jahre einen Bericht bekommen, wo stehen wir in der Umsetzung? Das wäre jetzt mal eine Anregung.

Hödl: Sehr geehrter Kollege Fischer, danke für deine Wortmeldung. Anders als du glaube ich schon, dass es auch bei den politischen Verantwortungsträgern liegt, die heute diesen Klimaneutralitätsfahrplan beschließen, dass sie in ihren Ressorts auch diese Dinge mitdenken. Und wir haben ja auch beim Workshop, den wir mit allen Abteilungsleitern gemeinsam gemacht haben, wir hatten ja da die ganzen Vertreter der Stadtverwaltung dabei und du hast ja gesagt, wir haben ja auch nicht nur den Gernot Altinger, der das jetzt alles machen kann, sondern wir haben natürlich Themen, wie in der Kläranlage, wo wir dann ewig lang die Motoren gehabt haben, die nichts mehr

zusammengebracht haben, wo wir das Gas abgefackelt haben, wo auch die Leitung der Kläranlage da bemüht gewesen ist. Wir haben in der Elektroabteilung eben die Umstellung auf LED, also wir haben schon in jeder einzelnen Abteilung, wo auch die Abteilungsleiter, die Kolleginnen und Kollegen aufgerufen sind, das ganz einfach mitzudenken, die Möglichkeiten zu sehen und jetzt habe ich es versäumt, wer das Thema Förderungen angesprochen hat, die nützen wir ja, die nützen wir verstärkt, die werden auch im Forstbereich genützt, die werden im Straßenbereich genützt, wir kriegen die Förderungen für die Radwege, das heißt, das läuft ja auch und bei allem Verständnis für diese sechs Monate, es reicht ja eh nicht aus, dass ich mir das dann nur einmal im Jahr gemeinsam mit Gernot Altinger anschaue oder nicht, das muss ja eh fortlaufend sein und ich werde da auch in den Ausschüssen jeweils die potenziell unangenehme Stimme sein, die dann sagt, aber das passt doch nicht zusammen und der Klimaneutralitätsfahrplanbericht, wie auch immer er dann hoffentlich ein wenig eleganter heißen wird, das wird kein Wohlfühlbericht sein, sondern da werden ganz sicher auch die Verfehlungen dann aufzuzeigen sein. Also davon gehe ich schon aus und ja, also ich würde wirklich darum bitten, dass ich das zwar laufend im Auge haben muss, darf alle Kolleginnen und Kollegen auch des Gemeinderats darum bitten, das Thema mit zu bedenken, aber bitte nicht alle sechs Monate einen Bericht, wo ich dann wirklich recht viel Arbeit hätte damit. Und ich hätte das, ich darf es vielleicht noch ergänzen, wir haben es im Ausschuss, haben wir diese Berichtspflicht des Umweltgemeinderats nicht besprochen, sondern das war jetzt wirklich in der Amtsberichterstellung, wo ich mir gedacht habe, genauso wie es jetzt auch gekommen ist, das ist wieder ein leeres Papier und das kommt in die Schublade. Nein, dazu ist es tatsächlich viel zu schade.

Fischer: Nur ganz kurz, dann können wir uns darauf einigen, dass wir zwischen den Berichtszeitpunkten lästig sein dürfen.

Hödl: Du darfst immer lästig sein, Martin.

Völkl: Frau Gemeinderätin Fless-Klinger, bitte.

Fless-Klinger: Es wurde schon kurz angedeutet, aber mich würde noch interessieren, es gab die Möglichkeit, Fördergelder für Maßnahmen, die durch den Klimafahrplan beschlossen wurden, anzusuchen bis 3. Juli. Warum hat die Stadtgemeinde, nicht wie andere Städte, auch angesucht um diese Unterstützung?

Hödl: Ich kann jetzt nicht sagen, was Sie da für einen Fördercall meinen. Wir hatten, wir hatten ja diese Projektförderung von der FFG für die Entwicklung des Klimaneutralitätsfahrplans und es gibt laufend Fördercalls, wo es auch in Richtung Umsetzungsmaßnahmen geht. Wir haben das auch im Ausschuss besprochen. Es gibt im Moment, der Kollege Altinger und ich haben auch diese Woche wieder viele Stunden damit verbracht, unsere Katastrophenschutzpläne zu überarbeiten. Wir haben ganz einfach im Moment keine Kapazitäten. Die Fördercalls sind aber ständig offen. Wir haben das auch im Auge und wir werden natürlich wieder öffentliche Förderungen in Anspruch nehmen, um uns weiter bei der Konkretisierung dieser Maßnahmen betreuen zu lassen. Das ist eben auch ein bisschen in Richtung zu dir, Martin. Es gibt ja sehr viel an Mitteln, die man abrufen kann, die werden wir auch abrufen, aber der Flaschenhals ist natürlich das Personal, weil es ist super, wenn du eine öffentliche Förderung kriegst für ConPlusUltra, die macht es halt auch nicht ganz allein, sondern du brauchst die Betreuung und der Kollege Altinger, es ist ja gesagt worden, sitzt auch noch spät nachts über Amtsberichten und wüsste glaube ich auch Besseres zu tun und mir ist es wichtiger, wir warten ein paar Monate, als es fällt uns ein Mitarbeiter aus, weil es ganz einfach zu viel wird.

Fless-Klinger: Verstehe ich das richtig? Es gab keine Kapazität, um die Fördercalls abzurufen oder es gibt keine Kapazität, die Maßnahmen umzusetzen?

Hödl: Wir haben den Fördercall nicht eingereicht, weil ich auch im Fall des Zuschlags dann die Kapazität nicht habe, das zu betreuen. Wir haben, also da ist ja beim Beschluss im Juni 2024 auch ich glaube mit € 7.000,- glaube ich für den Fall, dass wir den Zuschlag nicht bekommen, hätten wir die Kosten der ConPlusUltra für die Einreichung getragen. Ich habe bei der FFG heuer, da ist die

Jury-Sitzung jetzt Mitte November, auch eine Förderung beantragt, weil ich den Call auch selbst befüllt habe, was tatsächlich recht aufwendig ist in einem anderen Zusammenhang, aber das ist eben auch die Frage, wie weit wir dann das Geld investieren im Fall eines Zuschlags nicht weiter tun können. Das heißt, das müssen wir uns auch in der Kapazitätsplanung so eintakten, dass wenn wir einen Zuschlag bekommen, dass wir dann auch wirklich starten können.

Völkl: Dann kommen wir zur Abstimmung und ich suche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Danke. Dankeschön, der Herr Stadtrat für Verkehr, Infrastruktur und Straßen ist am Wort.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

13. Entsorgung Klärschlamm

D. Pfeiler: Dankeschön. Ich habe jetzt einige Beschlusspunkte. Ich darf vorausschicken, dass alle Anträge in den beiden Sitzungen des Verkehrsausschusses, die im Oktober stattgefunden haben, behandelt wurden und jedenfalls mehrheitlich, in großer Zahl auch einstimmig zur Weiterverfolgung hier im Gemeinderat dann empfohlen wurden. Dann darf ich gleich beginnen. Entsorgung Klärschlamm. Die Firma sauber + stark GmbH wurde am 11.12.2024 mit der Klärschlammentsorgung für das Jahr 2025 beauftragt. Jetzt ist es notwendig, dass man also auch für das Jahr 2026 eine entsprechende Beauftragung durchführt. Hier gibt es ein Angebot vom 08.09.2025, dass die Konditionen zur Klärschlammentsorgung ohne Indizierung zu den gleichen Konditionen wie im laufenden Jahr angeboten werden. Zum Entsorgungspreis von € 57,90 pro Tonne und der Mietpreis für den Container, mit dem der Klärschlamm dann abtransportiert wird € 116,- pro Monat. Seitens der Leitung der Kläranlage wurden die Konditionen abgefragt und ein Marktumfeld erhoben und hat sich gezeigt, dass die angebotenen Konditionen wirtschaftlich sind. Der Auftragswert für die aus dem Mittelwert der Jahre 2021 bis 2025 soweit vorliegend ermittelten abgeschätzten Entsorgungsmengen beträgt € 94.184,64 netto und liegt damit jedenfalls unter dem Schwellenwert für eine Direktvergabe gemäß Bundesvergabesitz 2018. Interessant ist, dass das Klärschlammaufkommen von Jahr zu Jahr doch einer relevanten Schwankung unterliegt. Das heißt, die tatsächlichen Entsorgungskosten können dann auch natürlich in diesem Ausmaß schwanken. Die Kosten werden im Voreinschlag 2026 aufgenommen.

Antrag

Somit lautet der Antrag, der Gemeinderat wollte beschließen, die Firma sauber + stark GmbH wird mit der Klärschlammentsorgung für 2026 gemäß Angebot vom 08.09.2025 mit einer Auftragssumme von € 94.184,64 netto beauftragt.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Eine Wortmeldung.

Fischer: Dem Antrag kann ich nicht zustimmen, weil meiner Ansicht nach, die Regeln zur öffentlichen Vergabe von Aufträgen verletzt werden und eine unsachliche Auftragsverteilung vorliegt. Eine üblicherweise über mehrere Jahre vergebene, regelmäßig notwendige Dienstleistung wie gerade die Entsorgung von Klärschlamm darf nicht künstlich durch Jahresverträge auf einzelne

Aufträge aufgeteilt werden. Diese Salamitaktik ist nach dem Bundesvergabegesetz unzulässig. Gehen wir von der üblichen Vergabe für vier Jahre aus, was kurz gegriffen ist, dann haben wir ein Auftragsvolumen von circa € 376.000,-. Das verpflichtet aber zu einer öffentlichen, möglicherweise sogar zu einer EU-weiten Ausschreibung der Dienstleistung. Ich schlage daher vor, den Antrag dem Ausschuss zurückzuverweisen.

Völkl: Danke. Bitte Herr Stadtrat.

Dummer: Bei der Klärschlamm-Entsorgung gibt es eine gesetzliche Änderung, dass der zeitnah verbrannt werden muss und nicht mehr so wie jetzt entsorgt werden darf. Insofern ist das keine unrechtmäßige Aufteilung, sondern man folgt der entsprechenden Vorsicht. Es ist ja eben wie gesagt die Vorgabe, dass man das in Zukunft nicht mehr so machen darf. Wir sind da auch beigetreten in der letzten Periode einer Gesellschaft, die sich zur Aufgabe gesetzt hat oder die die Aufgabe hat, dann diese Klärschlamm-Entsorgung für viele Gemeinden eben auszuschreiben und so wie es dann halt vorgesehen ist, einer Verbrennung zuzuführen. Und bis das soweit ist und das kann, weiß ich nicht, schon 2027 oder 2028 soweit sein, handeln wir uns mit diesen Verträgen drüber. Aber es gibt eben diese Verpflichtung in Zukunft, dass der Klärschlamm verbrannt werden muss. Darum denke ich, es ist schon zweckmäßig, dass wir das so machen, wie wir es machen.

21:03 VZBGM Scheele verlässt die Sitzung
21:03 GR Kubat verlässt die Sitzung

Völkl: Wir kommen zur Abstimmung. Bitte um Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Einstimmig, ja. Eine Gegenstimme. Also eine Gegenstimme der Herr Gemeinderat Fischer, ansonsten einstimmig

Abstimmungsergebnis: **Mehrstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	13	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	0	NEOS	1	NEOS	0

Dummer: Der Verweisungsantrag, über den muss man abstimmen.

21:03 VZBGM Scheele nimmt an der Sitzung wieder teil

Verweisungsantrag

Völkl: Dann stimmen wir über den Verweisungsantrag auch noch ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte um Zustimmung oder Herr Gemeinderat Fischer, Enthaltung. Dagegen der Rest. Bitteschön.

Abstimmungsergebnis: **Mehrstimmig abgewiesen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	0	ÖVP	14	ÖVP	0
SPÖ	0	SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	0	FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	0	UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

14. Beauftragung Erhaltung des ländlichen Wegenetzes 2026/2027

D. Pfeiler: Ich komme zum nächsten Antrag. Erhaltung des ländlichen Wegenetzes 2026/27. Für die Erhaltung der ländlichen Wegenetze für die Bausaison 2026 und 2027 in den Katastralgemeinden Stockerau, Unter- und Oberzögersdorf hat das Bauamt drei Angebote eingeholt. Seitens des Bauamtes wird empfohlen, die Firma Schneps mit einer Gesamtsumme von brutto € 39.063,- für die Sanierungsarbeiten an Feldwegen für die Bausaison 2026 und 2027 zu beauftragen. Je Saison wird ein Förderantrag an die NÖ Agrarbezirksbehörde gestellt. Aus dem Fördertopf der NÖ Agrarbezirksbehörde werden die anfallenden Maßnahmen der Stadtgemeinde Stockerau gegenwärtig wie folgt gefördert. Gesamtbaukostenerhaltung 100%, Fachabteilung Güterwege 10%, Bedarfszuweisung Abteilung Gemeinden, IVW3 10%, Gemeinde und Interessentenbeitrag 80% für Schäden durch Starkregenereignisse oder ähnliches beträgt das Förderausmaß 50%. Im Frühjahr wird ein Lokalorganschein mit Vertretern der jeweiligen Katastralgemeinde und dem Bauamt durchgeführt, um die Maßnahmen festzulegen. Die Abrechnung folgt anhand des tatsächlich geleisteten Aufwandes. Herr Ingenieur Harmer-Leonhardt hat für seinen Traktor eine eigene Konstruktion angefertigt, mit der die Feldwege abgezogen werden, die Grasnarben werden entfernt, Schlaglöcher und Setzungen werden unter Materialbeigabe geschlossen. Diese Methode zeichnet sich bei geringfügig beschädigten Feldwegen aus. In kurzer Zeit konnten viele Laufmeter an Wegen saniert werden. Für das Jahr 2026 und 2027 sind Maßnahmen gemäß Anhang in der Höhe von brutto € 6.174,- geplant. Aufgrund der Situation, dass keine vergleichbaren Leistungen abrufbar sind, konnte hier kein Vergleichsangebot eingeholt werden. Die Wirtschaftlichkeit des Angebotspreises kann bestätigt werden. Die Leistungen für 2026 werden im Voranschlag 2026 aufgenommen. Also es gibt hier sozusagen zwei Teile an die Firma Schneps. Die große Auftragssumme ist durch mehrere Angebote belegt.

Antrag

Hier entsprechend wird jetzt der folgende Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, für die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes für die KGs Stockerau, Unter- und Oberzögersdorf wird die Firma Schneps gemäß ihrem Angebot vom 09.10.2025 in der Höhe von brutto € 39.063,- für die Jahre 2026 und 2027 beauftragt. Für die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes mittels Traktors mit Gräder, für die Bausaison 2026 und 2027 in Stockerau und den KGs, wird die Firma Harmer gemäß dem Angebot vom 14.10.2025 in der Höhe von brutto € 6.174,- beauftragt.

Völkl: Gibt es eine Wortmeldung? Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Einstimmig, danke.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

15. Erhaltung unbefestigter Straßen 2026/27

D. Pfeiler: Vielleicht noch eine kurze Anmerkung. Es gibt immer wieder Kritik an der Methode des Abziehens. Diesbezüglich habe ich mit Herrn Hamer Kontakt aufgenommen, dass man die Vorbeginn der Arbeiten vielleicht auch nochmal abstimmt über Details. Das war mir nur wichtig

festzuhalten. Dann komme ich zum nächsten Amtsbericht. Erhaltung unbefestigter Straßen 2026. Für die Erhaltung und Sanierung von unbefestigten Gemeindestraßen und Banketten für die Bausaison 2026 und 2027 wurden seitens des Bauamtes drei Angebote eingeholt. Seitens des Bauamtes wird empfohlen für die Bausaison 2026 und 2027 die Firma Schneps mit einer Gesamtsumme von brutto € 57.720,- für diverse Ausbesserungsarbeiten wie Bankette, Schlaglöcher oder ähnliches zu beauftragen. Die anfallenden Leistungen werden nach dem tatsächlichen Zeitaufwand gemäß dem Angebot vom 09.10.2025 abgerechnet. Die Leistungssummen für 2026 werden im Voranschlag 2026 aufgenommen.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, zur Erhaltung und Sanierung von unbefestigten Straßen sowie Banketten im Stadtgebiet und in den Katastralgemeinden Unter- und Oberzögersdorf für die Bausaison 2026 und 2027 wird die Firma Schneps mit der Summe von brutto € 57.720,- beauftragt.

Völkl: Eine Wortmeldung, bitte.

Dummer: Wir haben da jetzt einiges zum Beschließen für 2026 und 2027. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das natürlich nur dann zu machen ist, wenn wir einen Beschluss über den Voranschlag 2026 zusammenbringen. Ich gehe davon aus, dass Sie da mit Freude zustimmen.

D. Pfeiler: Mit großer Freude.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmig, danke.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

16. Straßenbenennung

D. Pfeiler: Wir haben eine Straßenbenennung und zwar nordwestlich des Stadtparks befindet sich eine Sackgasse, die zur Aufschließung der Grundstücke mit den Parzellen 58/3 und 56/5 fungiert. Das ist im Zusammenhang zu sehen mit dem heute getätigten Verkaufsbeschluss einer Parzelle beim Stadtpark. Gemäß letztgültigem Flächenmitwirkungs- und Bebauungsplan ist die Sackgasse Parzelle 54/2 mit einem anschließenden Wendeplatz, Teilbereiche der Parzelle 58/4 als öffentliche Verkehrsfläche ausgewiesen. Aufgrund einer Planungsabsicht und Errichtung eines Bauwerks auf Parzelle 58/3 sind zu einem die erforderlichen Straßenbauarbeiten zur Herstellung des Wendeplatzes zeitnah beabsichtigt und zum anderen ist die Sackgasse zu benennen, damit die Menschen, die dort einmal wohnen, auch eine Zustelladresse bekommen können. Der Gemeinderatsausschuss 8, Verkehr, Infrastruktur und Straßen hat in der Sitzung vom 15.10.2015 die Empfehlung ausgeführt, die Sackgasse samt Wendehammer mit dem Straßennamen am Stadtpark zu benennen. Das war übrigens eine Anregung eines der Betroffenen, die aufgegriffen wurde und im Ausschuss positiv beurteilt wurde.

Antrag

Dementsprechend wird der Antrag gestellt, die Sackgasse und der geplante Wendeplatz nordwestlich des Stadtparks sollen die Straßenbenennung am Stadtpark erhalten. Bei dem Inhalt des vorliegenden Beschlusses handelt es sich um eine Information von allgemeinem Interesse nach dem Informationsfreiheitsgesetz, die proaktiv zu veröffentlichen ist. Gemäß § 3 IFG obliegt die Veröffentlichung dieser Information dem Gemeinderat. Es stehen keine Geheimhaltungsgründe gem. § 6 IFG der Veröffentlichung entgegen. Die Straßenbenennung „Am Stadtpark“ wird nach § 4 IFG im Bundesinformationsregister über data.gv.at veröffentlicht. Ich glaube es ist gut die Straßenbezeichnungen zu veröffentlichen.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmig, danke

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

17. Sondernutzung Land NÖ L1130 Autobahnzubringer Ost Stromkasten

D. Pfeiler: Ich darf Ihnen den nächsten Amtsbericht näherbringen. Autobahnzubringer Ost Stromkasten. Hier braucht es einen Sondernutzungsvertrag mit dem Land Niederösterreich. In der KG Stockerau wird am Grundstück 4284 EZ 2374 ein Stromkasten errichtet. Der Stromkasten dient im Hochwasserfall für die Stromversorgung für Pumpmaßnahmen, dadurch ist der Einsatz eines Mobilnotstromaggregats der FF Stockerau in diesem Bereich nicht mehr nötig. Für die Errichtung des Stromkastens ist ein Sondernutzungsvertrag zwischen Land Niederösterreich, Gruppe Straße, und der Stadtgemeinde Stockerau nach NÖ Straßengesetz §18 erforderlich. Seitens der Straßenbauabteilung 1 wurde ein Vertragsentwurf mit der Aktenzahl STBA1-SN-308/018-2025 erstellt, welcher dem Amtsbericht beiliegt und durch die Stadtgemeinde unterfertigt werden soll. Die Baumaßnahmen werden unter Anleitung Einhaltung der Auflagen gemäß Beilagen durch die Firma Watzinger GmbH durchgeführt.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, der Sondernutzungsvertrag gemäß §18 NÖ Straßengesetz STBA1-SN-308/018-2025 zwischen dem Land Niederösterreich (Gruppe Straße) und der Stadtgemeinde Stockerau wird zur Errichtung eines Stromkastens zur Versorgung von Pumpenanlagen im Hochwasserfall abgeschlossen.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmig. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

18. Sondernutzung Land NÖ B3 Eduard-Rösch-Straße Bodenmarkierung

D. Pfeiler: Dann geht es um eine Sondernutzung Land NÖ B3 Eduard-Rösch-Straße Bodenmarkierung. Um die Unfallhäufungsstelle beim Kreisverkehr B3, Eduard-Rösch-Straße, B3, Wiener Straße und Wiesener Straße zu entschärfen, wurde am westlichen Ast eine zusätzliche Radfahrerüberfahrt errichtet. Dadurch konnten die Sichtbeziehungen zwischen den aus nördlicher Richtung kommenden Radfahrern und dem aus östlicher Richtung einfahrenden motorisierten Verkehr deutlich verbessert werden. Für die Errichtung der Bodenmarkierungen auf der Landesstraße B3 ist gemäß $ 18 des NÖ Straßengesetzes ein Sondernutzungsvertrag zwischen dem Land Niederösterreich, Gruppe Straßen, und der Stadtgemeinde Stockerau erforderlich. Seitens der Straßenbauabteilung 1 wurde dazu ein Vertragsentwurf mit der Aktenzahl STBA1-SN-6/387-2025 erstellt, der diesem Amtsbericht beiliegt und von der Stadtgemeinde zu unterfertigen ist. Die Durchführung der Bodenmarkierungsarbeiten erfolgt unter Einhaltung der in den Beilagen angeführten Auflagen durch die Kontraktfirma VKtec Verkehrstechnik GmbH. Diese Arbeiten wurden auch in den letzten Tagen bereits ausgeführt und die Überfahrt wird auch schon rege benutzt. Auch von mir übrigens.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wollte beschließen, dass der Sondernutzungsvertrag gemäß § 18 NÖ Straßengesetz, Aktenzahl STBA1-SN-6/387-2025, zwischen dem Land Niederösterreich, Gruppe Straße, und der Stadtgemeinde Stockerau wird zur Errichtung der Bodenmarkierung für die Radfahrüberfahrt mit roter Flächenmarkierung abgeschlossen.

Völkl: Bitte schön um Zustimmung. Einstimmig, danke

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

19. Sondernutzung Land NÖ L29 Senningerstraße Bodenmarkierung

D. Pfeiler: Ganz ähnlicher Sachverhalt der nächste Amtsbericht. Es geht auch wieder um eine Bodenmarkierung diesmal in der Senningerstraße eine Bodenmarkierung auf einer Landesstraße und dadurch ist eben auch hier für die Senningerstraße diese Sondernutzung Vereinbarung notwendig. Um den Lückenschluss zwischen dem neuen kombinierten Geh- und Radweg entlang der Friedhofsmauer und dem bestehenden Radweg entlang der Senningerstraße herzustellen wurde im Rahmen der Kleinbaustellen ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet und umgesetzt für die Errichtung der Bodenmarkierungen auf der Landesstraße L29. Das ist im Amtsbericht nicht ganz richtig. Das ist ein Copy and Paste Fehler Des Niederösterreichischen Straßengesetzes einen Sondernutzungsvertrag zwischen dem Land Niederösterreich, Gruppe Straßen und der Stadtgemeinde Stockerau erforderlich. Seitens der Straßenbauabteilung 1 wurde dazu ein Vertragsentwurf mit der Aktenzahl STBA1-SN-269/036-2025 erstellt, der diesem Amtsbericht beiliegt und von der Stadtgemeinde zu unterfertigen ist. Die Durchführung der Bodenmarkierungsarbeiten erfolgt unter Einhaltung der in den Beilagen angeführten Auflagen durch die Kontraktfirma VKtec Verkehrstechnik GmbH.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, der er Sondernutzungsvertrag gemäß § 18 NÖ Straßengesetz, Aktenzahl STBA1-SN-269/036-2025, zwischen dem Land Niederösterreich, Gruppe Straße, und der Stadtgemeinde Stockerau wird zur Errichtung der Bodenmarkierung für die Radfahrüberfahrt mit roter Flächenmarkierung und der beidseitigen Bushaltestellen abgeschlossen. Ja, dazu wollte ich noch sagen, die Baumaßnahmen sind ja schon Großteils umgesetzt in der Senninger Straße, also da wird ein guter Bereich mit Bushaltestelle und Radfahrerüberfahrt geschaffen und hier geht es jetzt eben um das Recht, die Bodenmarkierung dazu auch anbringen zu können. Dankeschön.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmig, danke

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

20. Batterietausch Notbeleuchtung Park&Ride Anlage

D. Pfeiler: Der letzte Tagesordnungspunkt, den konnten wir noch im Ausschuss auch behandeln, in dem Ausschuss am 30. Oktober. Es geht um das Park Deck, die Park and Ride Anlage am Bahnhof, um die Notbeleuchtung, da ist es notwendig, die Batterien zu tauschen, damit auch bei Stromausfall eben diese Notbeleuchtung funktioniert. Bei der letzten Anlagenüberprüfung am 20.10.2025 der Notbeleuchtung für das Park and Ride Parkhaus beim Bahnhof durch die Firma Schrack Technik wurde festgestellt, dass die Batterien für diese Anlage defekt sind und getauscht werden müssen. Kostenvoranschlag der Firma Schrack Technik liegt vor. Batterieersatz der Firma Schrack Technik € 15.894,24 brutto. Da diese Anlage von der Firma Schrack installiert wurde und auch seitdem betreut und gewartet wird und die Reparatur der Notbeleuchtung dringend ist, liegt kein weiteres Angebot vor. Die Lieferzeit beträgt 2 bis 6 Wochen. Am 31.10.2025 wurde bei der Firma Schrack Technik, wie im Gemeinderatsausschuss Referat 8 Verkehr, Infrastruktur und Straßen angeregt, hinterfragt, ob auch eine Mietvariante angeboten werden kann. Nach Auskunft von Herrn Pojer von der Firma Schrack kann keine Mietvariante angeboten werden. Auf die Angebotssumme konnte jedoch noch ein Nachlass von 5% erwirkt werden. Somit soll der Batterieersatz für die Notbeleuchtung in der Höhe von € 15.099,53 brutto, inklusive Nachlass, beauftragt werden. Die Kosten konnten nicht im ersten Nachtragsvoranschlag berücksichtigt werden. Daher ist es notwendig, dass wir das im Gemeinderat hier beschließen.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die dringende Reparatur der Notbeleuchtung durch die Firma Schrack Technik in der Höhe von € 15.099,53 brutto wird genehmigt.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Dankeschön, einstimmig. Wir sind jetzt am Ende der Tagesordnung angekommen und es kommt jetzt noch der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, der verlesen worden ist und den stelle ich zur Diskussion. Bitte, Herr Vize Bürgermeister.

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**			
Prostimmen		Gegenstimmen		Stimmenthaltung	
ÖVP	14	ÖVP	0	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0	FPÖ	0
GRÜNE	6	GRÜNE	0	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0	NEOS	0

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 „Aussprache Haushalts-Konsolidierungskonzept für das Budget

Falb: Ja, danke, Frau Bürgermeisterin. Ich wollte nur, nachdem wir heute ziemlich formal sind, wollte ich nur fragen, wie die Vorstellung ist, was da jetzt eigentlich sein soll. Also, wir haben hier einen Antrag liegen, dem wir, glaube ich, in guter Tradition die Dringlichkeit zuerkannt haben. Was soll jetzt hier passieren? Wir haben jetzt einen Tagesordnungspunkt. Die NÖ Gemeindeordnung sieht vor, dass Dringlichkeitsanträge, jetzt weiß ich nicht ob Aussprachen, Beschlussgegenstände, nämlich Beschlussfassung über die Abhaltung von Aussprachen, Beschlussgegenstände des Gemeinderates sind, okay, soll sein. Aber was soll jetzt stattfinden? Sollen wir jetzt abstimmen über diesen Antrag, der dasteht, so wie das eigentlich, wir haben ja eingangs nur die Dringlichkeit abgestimmt, oder ich will da nicht herumtun, aber ich verstehe es nicht, was die Idee ist.

D. Pfeiler: Es ist relativ einfach gesagt. Also zum einen kann ich mir erinnern, als die Rollen noch umgekehrt waren in dieser Stadt und du, Martin, in Opposition warst, hast du auch einige Anträge eingebracht zum Thema Aussprache KIG und Aussprache zu dem oder jenem. Also danke für die Anregungen damals, ich habe mir das gemerkt und habe mir gedacht, das ist jetzt der Punkt gekommen, wo wir auch einmal so einen Aussprache-Antrag einbringen. Also insofern vielleicht die Frage an dich selber zurück, ob wir das machen dürfen oder nicht, du hast das in der Vergangenheit auch gemacht, ich hoffe, dass mir das Recht auch zusteht. Ich glaube nicht, dass ich es in der formalen Form gemacht habe.

Falb: Ich glaube nicht, dass ich das in der formalen Form gemacht habe.

D. Pfeiler: Gut, nein, du hast es sicher richtig gemacht, ja. Worum geht es? Es ist relativ einfach.

Falb: Ich wollte nur formal erklärt haben, was wir tun sollen.

D. Pfeiler: Also, es ist relativ einfach.

Falb: Soll man was abstimmen? Das ist ja ein Antrag. Soll man den abstimmen?

D. Pfeiler: Ich möchte ganz einfach, dass wir darüber reden, was jetzt hier in diesem Haushalts Konsolidierungskonzept, das offenbar bei der Stadtgemeinde Stockerau von Seiten des Landes eingefordert wurde und über das noch nie irgendwo gesprochen wurde, wo ich als Stadtrat, als Teil dieser Stadtregierung, wie mir auch immer erklärt wird, gesagt wird, was da drinnen steht. Wir hatten keinen Finanzausschuss, wir hatten keinen Finanzausschuss, in keinem Bürgermeisterin Jour-Fix wurde darüber berichtet, was das Land jetzt von uns will. In keinem sonstigen Gremium wurde darüber beraten, wie die Situation ausschaut. Und wir haben das vor wenigen Wochen auch gemacht zum Thema Hochwasser, weil wir gesagt haben, wir wollen jetzt einfach da im Gemeinderat Informationen haben über den Stand der Hochwasserschutz Maßnahmen. Und genauso, glaube ich, ist jetzt ein Punkt, wenn auf ORF.at am 10. Oktober steht, Stockerau muss ein Haushaltskonsolidierungskonzept vorlegen, dann, glaube ich, ist es legitim, dass wir mal als

Gemeinderat erfahren, was das Land jetzt von uns will. Und ich glaube, nicht nur der Gemeinderat interessiert sich dafür, wenn man auf ORF.at darüber liest, über ein Haushaltskonsolidierungskonzept, sondern ich glaube auch die Öffentlichkeit interessiert sich dafür, was da jetzt auf die Stadt zukommt. Das ist das Begehr und ich glaube, das ist ein legitimes Begehr, das kann man jetzt formal hin und her drehen. Das ist ja alles in Ordnung. Wir wollen wissen, was sind die Eckpunkte der Aufforderung des Landes Niederösterreich? Was ist das finanzielle Volumen, das man da jetzt in den nächsten fünf Jahren einsparen muss oder konsolidieren muss, sagen wir es mal so. Da ist ja die Rede in diesem ORF Beitrag von einem Konsolidierungskonzept, das über die kommenden fünf Jahre laufen soll. Und was sind die angedachten Maßnahmen, die man sich jetzt überlegt, um dieses Konsolidierungsziel zu erreichen. Wir können jetzt darüber abstimmen, ob man das macht oder nicht. Aber ich glaube, es wäre notwendig, jetzt darüber zu reden, was da jetzt das Land von uns will. Danke.

Dummer: Ganz einfach. Wir haben deswegen bis jetzt darüber nicht geredet, weil es keine Aufforderung vom Land Niederösterreich gibt, an unsere Stadtgemeinde gerichtet, dass wir irgendein Konzept vorlegen sollen, ein Haushaltskonsolidierungskonzept, weil es auch in der Stadt Stockerau im Budget keine Schieflage gibt. Darum haben wir das auch nicht gekriegt für 2025. Für 2026 hat das Land diese Bedingungen oder die Rahmenbedingungen neu formuliert. Und da hat man uns gesagt, für 2026 sollen wir so etwas vorbereiten. Die Einladung zum Finanzausschuss ist ja schon hinausgegangen. Die hast du auch schon gekriegt. Der findet am 18. November statt. Falls du die E-Mails noch nicht gelesen hast, bitte zum Notieren. 18. November Finanzausschuss. Da ist der Voranschlag 2026 Thema und auch das Haushaltskonsolidierungskonzept für die Jahre 2026 bis 2030. Das wollen Sie jetzt verstärkt haben. Da gibt es eben neue Regeln. Es hat deswegen keinen Finanzausschuss für diese Sitzung gegeben, weil A, kein Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung war. Ist vielleicht aufgefallen. Und B. Es keine Aufforderung des Landes gibt diesbezüglich etwas jetzt zu tun. Für die Zukunft ja. Und das wird auch im Gemeinderat zu beschließen sein. Also es ist auch kein Geheimnis. Wir bereiten das gerade vor. Wir haben das am Freitag erfahren. Da war die Besprechung des Voranschlags 2026 mit der Gemeindeaufsicht des Landes Niederösterreich. Da haben sie gesagt, sie haben das jetzt neu definiert, wann sowas vorzulegen ist und wir sollen das vorbereiten. Die Grundlage ist das, ist auch kein Geheimnis, dass das Land will, dass wir für die nächsten fünf Jahre budgetieren, weitere 7 Prozent Erhöhung der Umlagen und die Ertragsanteile nur mit 3 Prozent Erhöhung budgetieren sollen. Und da kann sich jeder ausrechnen, wo das hinführt, nämlich dass Geld fehlt in der Kasse. Und dass zusammengerechnet für fünf Jahre, ergibt dann eben diesen Konsolidierungsbedarf. Das werden wir auch liefern. Werden wir am 18.11.2025 auch besprechen. Und dann im Gemeinderat zur Beschlussfassung, gemeinsam mit dem Voranschlag 2026, vorlegen. Also keine großartige Geschichte. Für 2025 gibt es das schlicht nicht. Drum auch kein Bericht oder keine Diskussion darüber. Weil was wir nicht machen, wir machen keine Hausaufgaben, also Fleißaufgaben, was nicht notwendig ist. Wir haben ja 2025 ein ausgeglichenes Budget. Soweit es jetzt absehbar ist, wird es vielleicht sogar ein bisschen günstiger ausgehen, als der Voranschlag ist. Das Ergebnis, wir haben ja schon 10 Monate hinter uns. Aber das kann man natürlich nicht vorwegnehmen. Wir werden auch einen ausgeglichenen Voranschlag 2026 zusammenbringen. Wir werden wieder PZ2 beantragen, so wie heuer auch. Heuer € 900.000,- für das nächste Jahr, 800.000, so viel kann ich schon sagen. Aber wie gesagt, 18.11.2025 ist Finanzausschuss. Wenn du interessiert bist, bist du gern willkommen bei der Sitzung.

Völkl: Bitte.

D. Pfeiler: Gerhard, natürlich ist mir nicht entgangen, dass ein Finanzausschuss eingeladen ist. Ich habe mir die Tagesordnung auch im Vorfeld genau durchgelesen. Weil du gesagt hast, steht eh drinnen Gemeindekonsolidierungskonzept. Nein, das steht nicht drinnen. Es steht drinnen Voranschlag 2026. Ich habe dir auch zugehört. In den Medien steht ein Haushaltskonsolidierungspfad für die nächsten 5 Jahre. Also 2026 plus 5 Jahre. Und auf der Tagesordnung haben wir einfach Voranschlag 2026. Von Konsolidierungspfad ist da gar nichts drinnen. Also aus deiner Sicht, alles in Ordnung im Gemeindehaushalt. Wir müssen halt nur die

Freibadtarife um 20% anheben. Aber sonst passt eh alles. Offenbar. Wird spannend. Ich komme natürlich da gerne in den Finanzausschuss, wenn ich da bin. Ich würde bitten, wenn in den Medien so ein Beitrag erscheint, ORF Niederösterreich, die werden sich das ja nicht ausgedacht haben. Da muss es ja irgendein Schreiben oder irgendeinen Schriftverkehr geben. Wenn eben das Land die Gemeinden auffordert nach Haushaltskonsolidierungskonzepten. Oder hat da wer angerufen?

Völkl: Warst du so nett und liest du den Satz vor, wo Stockerau aufgefordert ist, ihr müsst das schicken?

D. Pfeiler: Nein.

Völkl: Es ist Allgemeingeschrieben?

D. Pfeiler: Ich kann den Beitrag gerne übermitteln. Da war geschrieben, dass eben 212 Gemeinden den Auftrag bekommen haben. Ja, genau. Richtig. Und auf dieser Landkarte, war die Landkarte aller Gemeinden drauf. Und da war auch Stockerau orange hinterlegt, konnte man anklicken. Also war Stockerau laut ORF.at.

Völkl: Der ORF muss es wissen. Die Wahrheit.

D. Pfeiler: Ich habe mich ja auch bezogen auf die Quelle. Darum habe ich auch gesagt, wenn es falsch ist, dann kann man sich auch... Bitte? Wenn es falsch ist beim ORF dann ist es auch eine Antwort, okay. Aber ich kann mir nur, nachdem nicht darüber geredet wurde, kann ich mich nur beziehen auf die Informationen, die mir zugänglich sind. Und da war halt Stockerau dabei und das nehme ich zum Anlass, einmal nachzufragen. Gibt es jetzt einen Schriftverkehr oder gibt es keinen?

Völkl: Es gibt keinen Schriftverkehr und ändert das, was am Dringlichkeitsantrag, wenn der ORF da was orange markiert und ihr sagt, jetzt ist es offiziell, weil da ist ja sehr viel hineingedacht.

Koll: Ist das jetzt ein Debattierklub? Es gibt nichts, was wir beschließen können. Es ist irgendwie ein vermeintlich öffentlichkeitswirksamer Auftritt von Ihnen, wo Sie dauernd irgendwelche persönlichen Dinge einfließen lassen. Das ist nicht der Platz dafür. Ich stelle den Antrag, dass wir die Debatte beenden.

Rosenberger: Nur ein abschließender Satz. Ich glaube, der Didi hat da Angst, dass die Informationen vorenthalten bleiben würden oder vorenthalten werden.

Völkl: Welche?

Rosenberger: Wenn etwas gewesen wäre, hätte sich der ORF, hätten wir aufgrund des ORFs offensichtlich eine Stellungnahme abgeben sollen. Aber ich glaube, da werden wir auch nicht mehr fertig, wenn wir das machen.

Völkl: Eine verlässliche Quelle war das auf jeden Fall.

Falb: Das Thema ist natürlich, dass Sie sich verlassen auf Medien. Oft ist es ja ein bisschen tückisch. Ich habe grundsätzlich Vertrauen zu Medien, aber manchmal gibt es immer dann bei so Landkarten Fehler usw. In manchen Medien steht zum Beispiel, ich habe da ein Medium vor mir, dasteht, dass von der EU ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet wurde. Grund waren massive Kahlschläge mit Bestandsentfernung und Häckselung in der Stockerauer Au usw. Das ist zum Beispiel auch nachgewiesenermaßen falsch. Und in dem Fall ein GRÜNEs Medium, der Stockerauer GRÜNE. Also es ist so, Medien, Grundvertrauen, ja, kann man haben, soll man haben, aber eben nicht in allen Details. Danke.

D. Pfeiler: Gut, ich werde versuchen, das aufzuklären und dann noch einmal nachzufragen, ob das ein Fehler war oder was es damit auf sich hat. Dankeschön.

Völkl: Wir können jetzt nichts abstimmen.

Dummer: Noch einmal kurz zusammengefasst, es ist nichts gekommen vom Land und es ist unter dem Punkt Voreinschlag 2026 heuer auch Teil dieses Haushaltskonsolidierungskonzept für die nächsten fünf Jahre, genauso wie der mittelfristige Finanzplan auch nicht extra auf der Tagesordnung steht, aber auch Teil des Voreinschlags 2026 ist und auch der Personalstand ist Teil des Voreinschlags 2026. Steht auch nicht extra auf der Tagesordnung, aber es wird alles gemeinsam so wie es vorgesehen ist behandelt. Für 2025, schlicht gibt es das nicht.

Völkl: Tragt noch jemand etwas zum Thema bei?

Kubat: Natürlich, wenn ich zum Sprechen beginne. Jetzt bin ich, nur für mich jetzt, eine Schlussfolgerung. Also wir machen jetzt einen Haushaltskonsolidierungsplan freiwillig, weil es nicht vom Land kam, aber wir machen es trotzdem.

Völkl: Ich schließe jetzt die Debatte. Nein. Ich schließe die Debatte und wir stimmen über diesen Antrag nicht ab, weil es nichts zum Abstimmen gibt. Im Finanzausschuss, Herr Gemeinderat Kubat und Herr Stadtrat Pfeiler, bitte die Fragen stellen. Aber ich meine, irgendwo hat es ein Ende, ja. Komisch. Ich verabschiede mich jetzt bei den Zusehern hinter den Geräten. Der öffentliche Teil ist beendet und wir machen eine kurze Pause.

Keine Abstimmung – nur Aussprache

Ende der Sitzung um 21:34 Uhr.

Mag. (FH) Andrea Völkl
Bürgermeisterin

Für die ÖVP	1. Vizebgm. Mag. Martin Falb	. . . . .
Für die SPÖ	2. Vizebgm. Heinz Scheele	. . . . .
Für die FPÖ	GR Alen Ćorković	. . . . .
Für die GRÜNEN	StR DI Dietmar Pfeiler	. . . . .
Für die UBS	GR Gabriele Steuer	. . . . .

Für die NEOS GR Dr. Martin Fischer . . . . . .